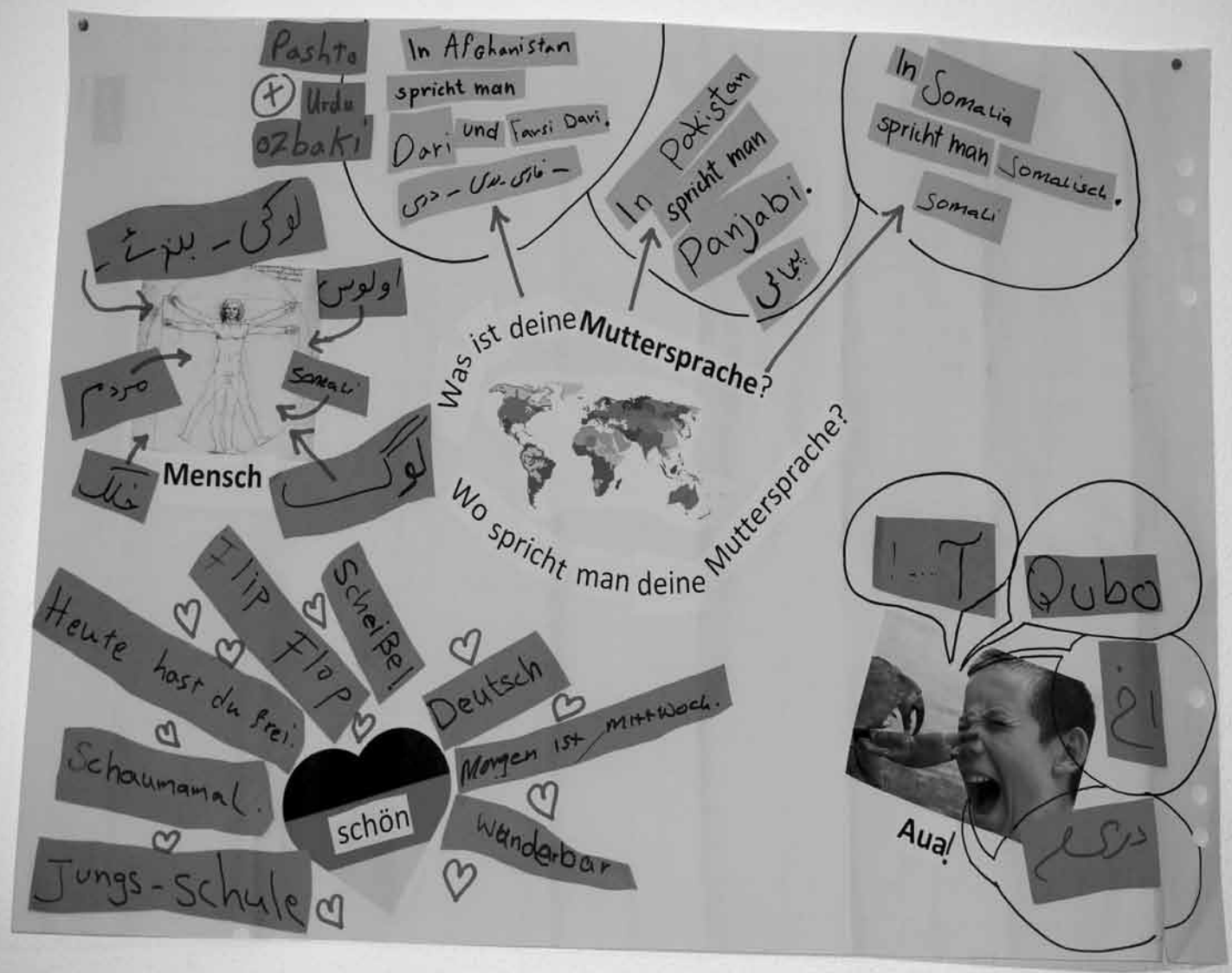


fliehen und ankommen ...



fliehen und ankommen ...

- 3 **Ohne Wenn und Aber: Nein zu Rüstungsexporten**
von Wolfgang Häberle
- 5 **Unbezwingbare Festung**
Europa arbeitet beim Einsatz von Überwachungsmaßnahmen gegen unerwünschte Migration eng zusammen
von Ulla Jelpke
- 7 **Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zwischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten**
von Sophia Meyer-Landrut
- 9 **Babylon im Deutschunterricht**
Projekt »Auftakt« – Studierende fördern unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Deutschen
von Dr. Claudia Kupfer-Schreiner
- 11 **Ein Stück Heimat in der Fremde**
Das Projekt »Flüchtlinge in Beruf und Schule« der Münchner Volkshochschule
von Brigitte Diermann und Goran Ekmesic
- 13 **Mit Familie, aber ohne Beistand**
Die Behandlung minderjähriger Flüchtlinge in Begleitung – eine Übersicht
von Hubert Heinhold

Was es sonst noch gibt

- 15 **Recht auf Teilzeit – Fehlanzeige!**
Zum Artikel »Teilzeit und doch keine Zeit – und auch noch weniger Geld« in der DDS Juni 2014
von Anna Forstner
- 16 **Studium muss sich lohnen!? – ein Kapitel Bildungspolitik**
Zum Artikel »Studium muss sich lohnen! Vergesst die Kindheitspädagog*innen nicht« in der DDS Mai 2014
von Fritz Köbler
- 18 **Volkshochschulen in Bayern – ohne Moos nix los!**
von Anton Salzbrunn
- 19 **Gedenktafel für Georg Schuhmann durch Neonazis geschändet**
von Andreas Salomon
- 19 **Erlesenes**
- »Lasst eure Kinder in Ruhe!«
- Ideologischer Kampf um »Mein Kampf«

Rubriken

- 21 **Dies & Das**
- 22 **Glückwünsche und Dank**
- 23 **Veranstaltungen**
- 24 **Kontakte**

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München. Auch online möglich unter <https://www.gew.de/Aenderungsmeldung.html>
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

20. Juni 2014 – Weltflüchtlingstag! Es ist reiner Zufall, dass dieses Editorial ausgerechnet an ebendiesem Tag geschrieben wird. Kein Zufall ist, dass wir die vorliegende Ausgabe erneut den Bedingungen von Flucht – speziell junger Flüchtlinge – widmen. Mit zwei aufeinanderfolgenden Heften zu diesem Thema wollten wir deutlich machen, für wie dringend wir es halten, sich intensiver mit den damit verbundenen Fragen auseinanderzusetzen. Und die Zahlen, die das UNHCR heute veröffentlicht hat, bestätigen uns darin: 51,2 Millionen Menschen waren laut des heute veröffentlichten Jahresberichts Ende 2013 auf der Flucht, sechs Millionen mehr als ein Jahr zuvor. Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg gibt es so viele Menschen, die ihre Heimat verlassen, um sich vor nicht enden wollenden Kriegen und Konflikten sowie durch die Klimaveränderung hervorgerufenen Katastrophen zu retten. Nur ein geringer Bruchteil davon kann überhaupt versuchen, sich nach Europa durchzuschlagen. Umso mehr muss uns eine weitere Zahl erschüttern: 23.000 Flüchtlinge wurden seit dem Jahr 2000 auf dem Weg nach Europa als tot oder vermisst gemeldet. Dies hat eine Arbeitsgemeinschaft europäischer Journalist*innen in einer Datenbank dokumentiert, die sich auf umfangreiche Quellen stützt (vgl. Neue Züricher Zeitung, 31.3.2014). Zu danken ist allen Initiativen, die vor den Problemen der Flüchtlinge nicht die Augen verschließen, die sowohl selbst helfen als auch die Politik zu einem anderem Handeln drängen. Wir sind stolz auf jene GEW-Kolleg*innen, die sich in vielfältiger Weise engagieren. Ein kleinen Ausschnitt der Möglichkeiten haben wir in diesem und dem letzten Heft darzustellen versucht. Wir bleiben dran und werden auch weitere Beispiele gerne veröffentlichen – entweder hier in der Print-Ausgabe oder auf unserer Homepage: www.gew-bayern.de

Karin Just

Liebe Leserinnen und Leser,
die DDS-Redaktion verabschiedet sich in die Sommerpause. Unsere nächste Ausgabe erscheint deshalb erst im September. Wir wünschen allen, die Urlaub haben, ein paar geruhsame Wochen und allen, die noch arbeiten müssen, möglichst wenig Stress.
Die Redaktion

Folgende Themen (Arbeitstitel) für die DDS sind in Planung. Beiträge dazu und weitere Vorschläge sind erwünscht: September: Fördern; Oktober: Hochschule; November: Politische Bildung; Dezember: SuE-Tarifrunde; Januar/Februar 2015: Kommunalisierung

Telefonische Sprechzeiten der GEW-Rechtsstelle mit Beratung für GEW-Mitglieder:
Mo und Do von 13.00 - 16.00 Uhr • Tel.: 0 89-54 37 99 59
Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!

Anzeige

Urlaubsseminar »Pure Lebensfreude«
Zauberhafte griech. Insel Lipsi, südl. Ägäis, priv. Villa am Strand, Meerwasserpool, kleine exkl. Gruppe, ab Euro 830,-
6.-13.09.2014 – Der beste Start ins neue Schuljahr!
Leichtigkeit + Lebensfreude finden und im (Schul)alltag behalten!
www.let-joy-flow.de Tel.: 01 76-47 79 87 55

Impressum:
DDS • Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5 44 08 10 • Fax: 0 89-5 38 94 87 E-Mail: info@gew-bayern.de • www.gew-bayern.de
Redaktionsleiterin: Karin Just, Kidlerstr. 41, 81371 München ☎ 89-51 00 91 02 oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar ☎ 0 89-5 44 08 10 • Fax: 0 89-5 38 94 87 E-Mail: Karin.Just@gew-bayern.de
Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Jan Bundesmann, Verena Escherich, Wolfgang Häberle, Hannes Henjes, Petra Nalenz, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Chrissi Wagner, Dorothea Weniger, Wolfram Witte
Gestaltung: Karin Just
Bildnachweis: (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: Annika Setzer und Natascha Sponzel
Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München ☎ 0 89-5 02 99 94
Anzeigenannahme: nur über die Redaktionsleitung
Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München ☎ 0 89-5 02 99 94, E-Mail: team@druckwerk-muenchen.de
Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 13 vom 1.1.2013 gültig.
Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne Weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21 EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zuzüglich Porto.
Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.
Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.
Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonats.



Foto: imago/Africa Media Online

Ohne Wenn und Aber: Nein zu Rüstungsexporten

In mehr als 20 Staaten der Welt gibt es derzeit bewaffnete Konflikte. Etwa die Hälfte aller Menschen auf der Flucht vor Kriegen und Aggressionen sind Kinder, weltweit mehr als 20 Millionen.¹ Eine enorme Rolle spielt dabei der internationale Waffenhandel – und ganz vorne dabei ist die deutsche Rüstungsindustrie mit ihren weltweiten Waffenexporten. Auf diesen Zusammenhang soll im Folgenden genauer eingegangen werden.

Einige Fakten zu den deutschen Rüstungsexporten²

■ Der Umfang der von der Bundesregierung genehmigten Rüstungsexporte stieg in den letzten mehr als zehn Jahren deutlich an, egal welche Regierung gerade dran war. Im Jahr 2002 wurden Waffen im Wert von 3,3 Milliarden Euro verkauft. 2011 waren es Waffen für 5,4 Milliarden.³ Deutsch-

land steht heute bei den internationalen Rüstungstransfers nach den USA und Russland an dritter Stelle.⁴ EADS ist weltweit der siebtgrößte Rüstungskonzern.

- In kaum einem Politikbereich klaffen humanistischer Anspruch und tödliche Wirklichkeit weiter auseinander als beim staatlich legalisierten Waffenhandel. Deutsche Waffen gehen in Dutzende Länder, die in kriegerische Konflikte verwickelt sind oder die Menschenrechte mit Füßen treten. So wurden Vereinbarungen über Waffenexporte nach Algerien im Wert von rund 10 Milliarden Euro abgeschlossen.⁵ Nach Schätzungen von Amnesty International wurden in der Türkei in den letzten 30 Jahren 80 bis 90 Prozent der kurdischen Opfer mit dem G3 des deutschen Rüstungsproduzenten Heckler & Koch getötet.⁶
- Waffenexporte sind ein enormes Geschäft, aber nicht nur das. Sie sind auch ein außenpolitisches Instrument.

Damit kann in Konflikten direkt und indirekt Einfluss genommen werden. Gut dokumentiert ist, wie die Bundesrepublik seit Langem Griechenland und die Türkei, aber auch Indien und Pakistan hochrüstet, also Staaten, die historisch und auch aktuell gewichtige Konflikte untereinander haben.⁷

- An der Spitze deutscher Rüstungsexporte standen in den letzten Jahren gerade auch Länder wie Griechenland und Portugal, die dann wegen ihres Haushaltsdefizits vorgeführt und abgestraft wurden. So rangierte Griechenland 2006 auf Platz 2 der wichtigsten Abnehmerländer deutscher Rüstungsgüter. Im Jahr 2010 stand Portugal auf Platz 1 der Empfängerländer deutscher Waffen.⁸

Zusammenhang von Rüstungsexporten, Krieg und Flucht

Deutsche Rüstungsexporte dienen auch der Flüchtlingsabwehr. EADS liefert

1 Terre des hommes: Krieg und Flucht. www.tdh.de/was-wir-tun/arbeitsfelder/krieg-und-flucht.html

2 Für die Fakten ist das umfangreiche Buch empfehlenswert: Jürgen Grässlin: Schwarzbuch Waffenhandel – Wie Deutschland am Krieg verdient. München 2013. Im Weiteren zitiert als »Schwarzbuch Waffenhandel«.

3 »Waffendeals unter Ausschluss der Öffentlichkeit«, Süddeutsche Zeitung, 11.2.2013, im Internet abrufbar

4 SIPRI Yearbook 2013, Kurzfassung auf Deutsch, Bonn 2014, S. 10 und S. 8

5 Schwarzbuch Waffenhandel, S. 151

6 Siehe ebenda, S. 45

7 Siehe ebenda, S. 152-161

8 Siehe ebenda, S. 15

militärische »Grenzsicherungssysteme« u. a. an Algerien und Saudi-Arabien. Auch mit Libyen wird über milliardenschwere Grenzschutzaufträge verhandelt. Bereits 2004 hatte EADS den Auftrag zum Bau eines Grenzüberwachungssystems in Rumänien bekommen.⁹

Der Zusammenhang von Rüstungsexporten, militärischen Aggressionen und Flucht ist sehr eng. Darüber ist im »Schwarzbuch Waffenhandel – Wie Deutschland am Krieg verdient« zu lesen: »In der Kampagne ›Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!‹ wurde die Korrelation zwischen den Rüstungsexporten und der Flüchtlingsfrage am Schicksal der Flüchtlinge auf der italienischen Insel Lampedusa beschrieben. Wer die Flucht vor dem Regime Gaddafi in kleinen Booten überlebt hat, muss ›unter menschenunwürdigen Bedingungen hausen‹. Selten sei ›der Zusammenhang zwischen Waffenlieferungen und Flüchtlingsabwehr so eindeutig wie im Falle Gaddafis, an den auch Deutschland Rüstungsgüter geliefert hat.‹ Wie wahr derlei Aussagen sind, belegt die Tatsache, dass alle drei Konfliktparteien im Libyen-Krieg mit EADS/MBDA-Waffen schießen konnten. Die Regierstruppen waren direkt und die Rebellen über Katar mit MILAN-Raketen beliefert worden, die NATO bombte mit EADS-Eurofighter und EADS-Tornados. Im Übrigen unterhielt die EADS in der Gaddafi-Ära eigens eine Konzernrepräsentanz mit fünf Mitarbeitern in Tripolis.«¹⁰

Mörderische Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche

Rund 90 Prozent der Opfer von Kriegshandlungen sind Zivilist*innen, darunter gerade auch Kinder und Jugendliche. Die meisten von ihnen werden durch sogenannte Klein- und Leichtwaffen getötet. Dazu gehören Pistolen, Gewehre, Granatwerfer, Panzerabwehrkanonen und Mörser. Deutsche Rüstungsproduzenten spielen bei diesen Waffen weltweit eine führende Rolle. Mit geschätzten 15 Millionen im Umlauf befindlichen Exemplaren ist z. B. das G3-Schnellfeuergewehr von Heckler & Koch die Nummer zwei auf dem Weltmarkt für diese Waffen.¹¹ Nach Schätzungen starben in den letzten 50 Jahren zirka eineinhalb bis zwei Millionen Menschen weltweit allein durch den Einsatz von Heckler & Koch-Waffen.¹² Das

sind im Durchschnitt täglich 114 getötete Menschen.

Auch unter den Soldat*innen sind Kinder und Jugendliche besonders betroffen. Nach Angaben von Terre des hommes nehmen etwa 250.000 Kinder unter 18 Jahren als »Kindersoldat*innen« an Kampfhandlungen teil.¹³ Deutsche »Klein- und Leichtwaffen« spielen für die Möglichkeit ihres Einsatzes eine gewichtige Rolle.

Übrigens: Auch die Bundeswehr wirbt bei Minderjährigen um Nachwuchs und rekrutiert jedes Jahr etwa 1.000 17-jährige Jungen und Mädchen.¹⁴ Ralf Willinger von Terre des hommes verweist auf den Zusammenhang: »Die Rekrutierung Minderjähriger durch die Bundeswehr, Waffenexporte in Konfliktregionen und der Umgang mit Kindersoldaten sind drei Themen, die eine Schnittmenge haben«. Der Kreis schließt sich, so betont er, »wenn Kindersoldaten als Flüchtlinge nach Deutschland kommen, die womöglich mit deutschen Waffen im Krieg gekämpft haben.«¹⁵

Farbe bekennen!

Es gibt die Forderung: »Keine Rüstungsexporte in Krisengebiete und nicht in Länder, in denen die Menschenrechte verletzt werden.« Aber dies reicht offenbar bei Weitem nicht aus. Denn es gibt keinerlei Rüstungsexporte, denen wir als Gewerkschafter*innen zustimmen können! Immer neue aufbrechende Konflikte zeigen: Wo heute kein »Krisengebiet« ist, kann morgen eines sein. Wo jahrzehntelang keine Waffen gegen die Bevölkerung eingesetzt wurden, kann dies in nächster Zukunft der Fall sein. Auch die Vorstellung, dass es eine »effektive Endverbleibkontrolle« geben könnte, geht an der Realität völlig vorbei. Zur Illustration nur zwei Beispiele:

- Deutsche Leopard-Panzer wurden an so »normale« Staaten wie Kanada und Dänemark verkauft. Was passierte? In Afghanistan kam der Leopard auf Seiten kanadischer und dänischer Kampftruppen zum Einsatz.¹⁶
- Die als »Kleinwaffe« eingestufte Panzerabwehrrakete Milan stammt aus deutsch-französischer Produktion und

wurde bis heute in mehr als 40 Länder exportiert. 1978 verkaufte Frankreich mit Billigung der Regierung der Bundesrepublik 4.400 Milan-Raketen an das Assad-Regime in Syrien. Anfang 2014 wurde nun bekannt und einwandfrei nachgewiesen, dass in Syrien Al-Kaida-Söldner in Syrien gegen kurdische Kräfte mit Milan-Raketen vorgehen, die sie aus einem Waffen- und Munitionsdepot der syrischen Armee erbeutet haben.¹⁷

Völlig entgegen jeglicher gewerkschaftlichen Solidarität ist die Unterstützung von Rüstungsexporten nach dem Motto »Rüstungsexport schafft Arbeitsplätze«. Der politisch verheerende Fehler dieser »Logik« besteht darin, die gewerkschaftliche Haltung zu Rüstungsexporten an die Frage der Arbeitsplätze zu binden und davon abhängig zu machen. Der Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Berlin hat dies sehr richtig betont: Es ist eine grundlegende Frage des Selbstverständnisses einer Gewerkschaft, ob sie Auslandseinsätze der Bundeswehr sowie militärische Aufrüstung und Ausweitung der Rüstungsexporte – unter welchen Vorwänden auch immer – mitträgt oder sie ablehnt.

Unter der Überschrift »Farbe bekennen!« schreibt der AK Internationalismus der IG Metall Berlin: »Der Blick in die Geschichte zeigt, dass es immer zwei gewerkschaftliche Traditionen gegeben hat. Die eine unterstützte Krieg und Rüstung. Noch im 1. Weltkrieg hielt diese Richtung dem Kaiser die Treue, bis er dann das Weite suchte. Die Gegentradition wurde durch den internationalistischen Flügel der Arbeiterbewegung begründet.«¹⁸

von Wolfgang Häberle

Mitglied der DDS-Redaktion

¹⁷ Siehe »Deutsche Waffen töten in Syrien«, Frankfurter Rundschau, 21.1.2014, auch im Internet abrufbar

¹⁸ Der Text des AK Internationalismus der IG Metall Berlin ist eine Kritik an einer Stellungnahme eines IG Metall-Funktionärs und des EADS-Gesamtbetriebsratsvorsitzenden, die 2010 den damals für Rüstung zuständigen Bundesminister vor einer massiven Kürzung des Rüstungsetats »gewarnt« hatten (<http://archiv.labournet.de/igm-akint.berlin/dokumente/Flugl%2022%20ok%20Netz.pdf>).

Weiterführende Literatur und Kampagnen zum Thema:

Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! Homepage mit vielen Materialien: aufschrei-waffenhandel.de

Deutsches Aktionsnetz Kleinwaffen stoppen: Im Visier: Heckler & Koch, Broschüre, im Internet abrufbar

Jürgen Grasslin: Versteck Dich, wenn sie schießen. Die wahre Geschichte von Samira, Hayrettin und einem deutschen Gewehr. München 2003. Da das Buch im Buchhandel nicht mehr verlegt wird, hat der Droemer Verlag die Freigabe zur Veröffentlichung des Gesamttextes auf dieser Homepage erteilt: http://www.juergengraesslin.com/index.php?seite=versteck_dich.htm

Terre des hommes: Viele Materialien, DVDs zu Kindersoldat*innen usw. über die Homepage beziehbar: tdh.de

⁹ Siehe ebenda, S. 268 ff

¹⁰ Siehe ebenda, S. 274

¹¹ Siehe ebenda, S. 411

¹² Siehe ebenda, S. 413

¹³ Terre des hommes: Krieg und Flucht. www.tdh.de/was-wir-tun/arbeitsfelder/krieg-und-flucht.html

¹⁴ Ebenda. Siehe dazu genauer: »Kinder im Visier – Wie die Bundeswehr an Schulen um Nachwuchs wirbt.« In: »die zeitung«, ein Projekt von Terre des hommes in Kooperation mit der GEW, 2. Quartal 2011, S. 1. Auch im Internet abrufbar

¹⁵ Ralf Willinger, zitiert nach »Schwarzbuch Waffenhandel«, S. 425

¹⁶ Siehe Schwarzbuch Waffenhandel, S. 329



Unbezwingbare Festung

Europa arbeitet beim Einsatz von Überwachungsmaßnahmen gegen unerwünschte Migration eng zusammen

Schlagbäume und individuelle Kontrollen sind an den Grenzen innerhalb der Europäischen Union (EU) weitgehend abgeschafft. Das heißt aber nicht, dass der Grenzverkehr nicht mehr kontrolliert würde. Mit einem Geflecht von Maßnahmen sollen grenzüberschreitende Kriminalität und insbesondere »illegale Migration« innerhalb des »Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts« bekämpft werden: Schleierfahndung an den Binnengrenzen, Kontrollen in einem 30 Kilometer breiten Korridor zu beiden Seiten der Grenze, anlasslose Kontrollen auf Autobahnen und in Zügen. Statt einer genau definierten Linie wird nun ein Raum überwacht, das Grenzregime verbreitert sich.

Kontrollen bereits in den Transitstaaten

Dieses diffuse Regime der Grenzüberwachung hat längst auch an den Außengrenzen der EU Einzug gehalten. Neben die klassische Grenzkontrolle treten Stra-

tegien zur Vorverlagerung der Grenzkontrolle bis hinein in die Transitstaaten der Migration. Entwickelt wurde dieses Konzept ganz wesentlich durch die Europäische Grenzschutzagentur FRONTEX.

Ihre Einrichtung hängt mit der Reisefreiheit in der EU unmittelbar zusammen: Schon zwischen den ersten Mitgliedern des Schengener Übereinkommens bestand Konsens, dass der Wegfall der Binnengrenzkontrollen zu einem Anwachsen grenzüberschreitender Kriminalität führen würde. Wer es einmal über die Außengrenzen geschafft hat, so die Befürchtung, könne sich nun unentdeckt innerhalb des Schengen-Raums bewegen. Für die Staaten »Kerneuropas« hatte deshalb der »effektive Schutz« der Außengrenzen Priorität. Weiterhin sind es Deutschland, die Niederlande und Frankreich, die eine Verschärfung dieser Politik vorantreiben, zuletzt in der Debatte um die Neufassung der Schengen-Regeln 2012. Staaten, die ihre Außengrenzen nicht effektiv genug »schützen« – also abschotten – soll-

ten mit der zeitweisen Wiedereinführung von Grenzkontrollen bestraft werden können. Darauf wurde erst verzichtet, als Griechenland, zu diesem Zeitpunkt noch Haupteinfallstor für Flüchtlinge in die EU, seine Grenzen dicht machte.

Das Mittelmeer im Visier des Europäischen Patrouillenetzes

Die Einrichtung von FRONTEX folgte 2005 aus der Priorität, die Außengrenzen abzuschotten. Berühmt und berüchtigt wurde FRONTEX mit seinen ersten Operationen zur Überwachung der Seegrenzen. Mit ihrer Hilfe ist es gelungen, den Seeweg von Westafrika (Senegal und Mauretanien) in Richtung der Kanarischen Inseln für unerlaubte Migration nahezu dichtzumachen: Kamen 2006 noch über 30.000 Migrantinnen und Migranten auf diesem Weg nach Spanien und damit in die EU, sind es heutzutage kaum mehr als hundert. Im Mittelmeer wurde ein »Europä-

isches Patrouillennetz« (EPN) installiert, das für eine Überwachung der Seewege vor Italien, Malta und Griechenland sorgt. Auch in den anderen Teilen des Mittelmeers liefen solche Operationen und sind mittlerweile zu ständigen Einrichtungen geworden. Die bekannteste Operation läuft unter dem Namen »Poseidon« seit 2009 in der Ägäis, ergänzt um die Operation »Poseidon Land« an der griechisch-türkischen und an der bulgarisch-türkischen Landgrenze. Die Zahl der Grenzübertritte ist von über 50.000 im Jahr 2011 auf weniger als 2.000 im Jahr 2013 gesunken.

Vernetzte technische Überwachung

Mit der Einrichtung des »Europäischen Grenzüberwachungssystems« EUROSUR ist ein weiterer großer Schritt gelungen, die Kooperation sowohl der nationalen Behörden mit Grenzbezug (Grenzpolizei, Marine, Zoll, Fischerei- und Schifffahrtsaufsicht) als auch die zwischenstaatliche Kooperation gegen unerwünschte Migration zu stärken. In einem ersten Schritt wurden im Dezember 2013 die »nationalen Koordinierungszentren« der Mittelmeeranrainer an das System angeschlossen, 2014 wird ein solches Zentrum auch beim Bundespolizeipräsidium in Potsdam geschaffen. Durch die Zusammenführung aller vorhandenen Daten und Erkenntnisse aus der ohnehin laufenden Meeres- und Grenzüberwachung entstehen umfassende Lagebilder, die einen gezielteren Kräfteinsatz ermöglichen sollen, indem beispielsweise Patrouillenpläne benachbarter Staaten aufeinander abgestimmt werden. Teil von EUROSUR ist auch die Einführung neuer Überwachungstechnologien wie Drohnen oder satellitengestützte Überwachung, die die bestehenden Systeme der Mitgliedsstaaten ergänzen sollen.

Diese Formen der Überwachung sollen sich explizit auch auf die möglichen Abfahrtschiffe von Flüchtlingsschiffen richten, um schon die Abfahrt verhindern zu können. Dafür müssen allerdings die Transitstaaten der Migration mitspielen. In der bilateralen Zusammenarbeit mit dem Senegal und Mauretanien hat Spanien damit gute Erfahrungen gemacht: Flüchtlingsboote werden noch in den Küstengewässern beider Staaten durch die dortige Küstenwache aufgebracht und zur Rückkehr gezwungen. Dabei sind auch spanische Grenzschützer*innen an Bord. Derzeit ist Libyen das Haupttransitland in die EU. Mit einer eigenen Mission, der »EU Border Assistance Mission« (EUBAM) versuchen die EU-Staaten, dort einen funktionierenden Grenzschutz und insbesondere eine verlässliche Küstenwache aufzubauen, die die Boote nach Abfahrt abfangen kann.

Ziel ist, die Schutzsuchenden gar nicht erst in den Anwendungsbereich der Asylrichtlinien der EU gelangen zu lassen. Denn auch, wenn beispielsweise die Richtlinie über die Verfahrensgarantien für Asylsuchende nicht in allen Staaten richtig und umfassend angewendet wird, ist es eben schwieriger, die unerwünschten Flüchtlinge wieder loszuwerden, als sie gar nicht erst hereinzulassen. Dass die Zahl der unbegleiteten Minderjährigen unter den Flüchtlingen in den letzten Jahren deutlich angestiegen ist, hat auch mit den besonderen Verfahrensgarantien für diese Gruppe zu tun.

Verstoß gegen Flüchtlings- und Seevölkerrecht

Selbst in der neuen Verordnung über die rechtlichen Rahmenbedingungen von FRONTEX-kooordinierten Operationen auf See wird mehrfach explizit auf die Einhaltung von Flüchtlingsrechten und des Seerechts Bezug genommen. Das konnte das

Europäische Parlament in den Verhandlungen mit den EU-Staaten durchsetzen. Doch diese Regelungen bleiben zahnlos, solange die innerhalb der EU geltenden Rechtsschutzgarantien nicht zum Tragen kommen. Die Einreise bleibt von der Einschätzung der Grenzschützer*innen abhängig, ob möglicherweise ein Schutzbedarf besteht oder nicht. Schlimmer noch: In der Verordnung wird das Zurückschieben von Flüchtlingen auch in den Fällen legalisiert, in denen der Hafen eines Mitgliedsstaates der EU näher liegen würde als der Abfahrtschiffhafen. Darin liegt ein klarer Verstoß gegen das Seevölkerrecht, das immer die Ausschiffung im nächsten sicheren Hafen verlangt.

Änderungen durch das neue EU-Parlament?

Dass sich das neu zusammengesetzte Europäische Parlament fortschrittlicher zeigt als das alte, ist unwahrscheinlich. Eine klar auf die Garantie von Menschen- und Flüchtlingsrechten orientierte Mehrheit ist in weiter Ferne. Und gerade in solchen Fragen wird sich die gewachsene Fraktion von Rechtspopulist*innen und Rechtsextremen vehement zu Wort melden. Zudem haben sich in der Vergangenheit die Regierungen der EU-Staaten immer deutlich restriktiver gezeigt als EU-Parlament und -Kommission. Das Ringen um eine Verbesserung der Lebensbedingungen von Asylsuchenden und Flüchtlingen und um faire Asylverfahren wird sich daher auch weiterhin vor allem auf der nationalen Ebene abspielen müssen.

von Ulla Jelpke

innenpolitische Sprecherin
der Fraktion DIE LINKE
im Bundestag

Kontakt:
ulla.jelpke@bundestag.de



Diese Serie von Aufklebern kann man bei Pro Asyl kostenlos bestellen:
<http://www.proasyl.de/de/home/gemeinsam-gegen-rassismus/>

Rassismus gefährdet die geistige und emotionale Entwicklung Ihrer Kinder.

Rassismus enthält vergiftende Inhaltsstoffe wie menschenfeindliche Einstellung und soziale Verantwortungslosigkeit. Gegen Abhängigkeit und Gebrauch hilft der Einsatz des Denkvermögens.

www.proasyl.de | PRO ASYL DER EINZELFALL ZÄHLT.

Rassismus führt zum Verlust Ihres Mitgefühls.

Rassismus enthält vergiftende Inhaltsstoffe wie menschenfeindliche Einstellung und soziale Verantwortungslosigkeit. Gegen Abhängigkeit und Gebrauch hilft der Einsatz des Denkvermögens.

www.proasyl.de | PRO ASYL DER EINZELFALL ZÄHLT.

Rassismus führt zu Wahrnehmungsstörungen und verursacht Inkompetenz.

Rassismus enthält vergiftende Inhaltsstoffe wie menschenfeindliche Einstellung und soziale Verantwortungslosigkeit. Gegen Abhängigkeit und Gebrauch hilft der Einsatz des Denkvermögens.

www.proasyl.de | PRO ASYL DER EINZELFALL ZÄHLT.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zwischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten



Foto: UNHCR/B.Diab



Foto: UNHCR/T. Irwin

In Bayern wurden im Jahr 2012 541 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) in Obhut genommen. Doch waren die Umstände dieser Inobhutnahme weitgehend unbefriedigend. Die Erstaufnahmeeinrichtungen in Zirndorf und in München, wo 16- und 17-jährige Jugendliche untergebracht wurden, sind für junge Flüchtlinge weder geeignet noch zulässig. Die Jugendlichen wurden dort weder pädagogisch noch medizinisch oder therapeutisch ausreichend versorgt und betreut.^{1,2} Zum Jahreswechsel 2013/14 hat das Bayerische Sozialministerium Veränderungen bezüglich der Aufnahmesituation angekündigt, es bleibt aber abzuwarten, wie diese umgesetzt werden.

Im Dezember 2013 veröffentlichte das Bayerische Staatsministerium für Soziales, Familie und Integration ein neues Konzept – die sogenannten »Konzeptionellen Eckpunkte« – für die Aufnahme von 16- bis 17-jährigen unbegleiteten Flüchtlingen³. Demzufolge plant die Landesregierung die Einführung von vier bis fünf zentralen Inobhutnahme-Einrichtungen, welche sich zukünftig um die pädagogische Betreuung und das Clearingverfahren der Jugendlichen kümmern sollen. Für rechtliche und formale Aufgaben bleibt hingegen das fallzuständige Jugendamt verantwortlich. Auch in

anderen Bundesländern, z. B. in Nordrhein-Westfalen⁴, Bremen⁵ und Hessen⁶, hatten die jeweiligen Regierungen ähnliche Konzepte erstellt.

In den nächsten Abschnitten werden diverse Bestimmungen der Aufnahme von UMF in Bayern anhand der »Konzeptionellen Eckpunkte« des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration im Kontext der Bestimmungen des SGB VIII und der Erfahrungen anderer Bundesländer zur Inobhutnahme betrachtet.

Die Zuständigkeit der Inobhutnahme

Nach gegenwärtiger Rechtslage ist das Jugendamt verpflichtet, jede*n Minderjährige*n in Obhut zu nehmen, wenn sich weder Personensorge- noch Erziehungsberechtigte im Inland aufhalten.⁷ Dementsprechend ist das Jugendamt auch die erste Anlaufstelle, wenn Minderjährige aufgenommen werden oder sich selbst melden. Das Jugendamt ist verpflichtet, alle, die angeben, minderjährig zu sein, in Obhut zu nehmen. Auch die oben erwähnten »Konzeptionellen Eckpunkte« der Bayerischen Regierung sehen dies so vor. Nach einer Meldung beim Jugendamt, soll jede*r Jugendliche in einer der neuen zentralen Inobhutnahme-Einrichtungen unter-

gebracht werden, wo er oder sie dann die nötige pädagogische Betreuung erhält. Wichtig bleibt, dass der Erstkontakt mit dem bzw. der Jugendlichen Sicherheit und Schutz vermitteln soll. Grundsätzlich sollte dies vom Jugendamt sowie von den Inobhutnahme-Stellen als oberste Priorität wahrgenommen werden.

Inhalte und Abläufe der Inobhutnahme

Prinzipiell sollten die wesentlichen Bedürfnisse der Jugendlichen in Bezug auf pädagogische und medizinische Betreuung sowie kinder- und jugendgerechte Unterkunft gedeckt sein. Die Inobhutnahme ist eine sozialpädagogisch ausgestaltete Krisenintervention, welche den Jugendlichen Schutz und Orientierung vermitteln soll. Dazu gehört auch, dass ein Hilfeplanverfahren gemeinsam mit dem bzw. der Jugendlichen, dem Jugendamt, dem bestellten Vormund und den pädagogischen Betreuer*innen in die Wege geleitet wird. Der Fokus sollte darauf liegen, möglichst zeitnah eine passgenaue Anschlussversorgung für die Jugendlichen zu finden. Dies setzt voraus, dass es verschiedene nachfolgende Hilfeleistungen für die Jugendlichen gibt.

Im Rahmen der Inobhutnahme muss ferner unmittelbar die Bestellung eines Vormunds veranlasst werden. Ansonsten wird im § 42 Abs. 2 die Sicherstellung von Krankenhilfe und Unterhalt hervorgehoben. Die »Konzeptionellen Eckpunkte« der bayrischen Landesregierung sehen ähnliche Aspekte als essenziell vor. Neben der Entscheidung über die geeignete Jugendhilfemaßnahme sowie einer medizinischen und therapeu-

1 Siehe Pressemitteilung des Bundesfachverbandes B-UMF und des Bayerischen Flüchtlingsrates vom 6. März 2013: b-umf.de/images/130306_pm%20bayernkaserne.pdf

2 Siehe Bericht über den Besuch der Bayernkaserne von einer Ärzt*innen-Initiative am 20. Juni 2013: ippnw.de/commonFiles/pdfs/Soziale_Verantwortung/Besuch_der_Erstaufnahmeeinrichtung_fuer_Unbegleitete_Minderjaehrige_Fluechtlinge.pdf

3 »Konzeptionelle Eckpunkte für die Schaffung von Inobhutnahmeeinrichtungen für 16- bis 17-jährige unbegleitete Minderjährige an vorerst vier geplanten zentralen Standorten Bayern (Stand 15. November 2013)« des Bayerischen Staatsministeriums für Soziales, Familie und Integration: inobhutnahme-bayern.de/download/konzeptionelle_eckpunkte.pdf

4 Siehe »Handreichung zum Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen«, März 2013: b-umf.de/images/nrw-handreichung-umf-2013.pdf

5 Siehe Handreichung »Qualitätsstandards. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) in Bremen. Erstkontakt und Unterbringung«, September 2013: b-umf.de/images/bremen-handreichung-2013.pdf

6 Siehe Erlass des hessischen Sozialministeriums: »Unterbringung, Versorgung und Verteilung von unbegleiteten minderjährigen asylsuchenden Flüchtlingen unter 18 Jahren in Hessen«, 2008: b-umf.de/images/clearingerlass_ausdruck_staatsanzeiger.pdf

7 Siehe SGB VIII § 42 1 (3).

tischen Versorgung wird die Überprüfung der Minderjährigkeit als Inobhutnahme-Voraussetzung als eine der wichtigsten Aufgaben des Jugendamtes gesehen. Es ist entscheidend, dass diese Prüfung der Minderjährigkeit nicht direkt im Erstgespräch stattfindet, sondern mit zeitlichem Verzug. Andere Bundesländer wie z. B. Hessen raten von einer medizinischen Altersfestsetzung im Auftrag des Jugendamtes ab und ziehen dieser eine soziopädagogische Schätzung durch eine betreuende Person vor.

Der Vormund

Die Bestellung eines Vormundes für unbegleitete Minderjährige muss unmittelbar nach der Inobhutnahme des bzw. der Jugendlichen durch das Jugendamt veranlasst werden. Der Vormund hat gemäß § 1793 BGB das Recht und die Pflicht, für das Mündel zu sorgen und es zu vertreten. Es ist besonders wichtig, dass eine zügige Entscheidung des Familiengerichtes über die Bestellung eines Vormundes zustandekommt, damit eine gesetzliche Vertretung und eine Pflege und Erziehung zum Wohl des Kindes oder des bzw. der Jugendlichen gewährleistet wird.

In Bayern gibt es verschiedene Vormundschaftsformen, die flächendeckend genutzt werden sollten. Bislang ist dies aber nur vereinzelt der Fall. So gibt es in München verschiedene Vormundschaftsvereine und im Raum Nürnberg Berufsvormünder als Ergänzung zu den Amtsvormündern. Es wäre sinnvoll, wenn auch ehrenamtliche Vormundschaften verstärkt genutzt werden würden, da ein ehrenamtlicher Vormund institutionell unabhängig ist und sich auf das einzelne Mündel individuell konzentrieren kann. Das Jugendamt ist verpflichtet, ehrenamtliche Vormünder zu gewinnen, zu beraten und zu begleiten. Die rechtliche Vertretung des oder der Jugendlichen darf aber nicht dem Vormund allein überlassen werden. In vielen Fällen ist es sinnvoll, einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin für asyl- und aufenthaltsrechtliche Verfahren hinzuzuziehen.

Das Clearingverfahren

Eine weitere wichtige Aufgabe der zentralen Inobhutnahme-Einrichtung ist das Clearingverfahren. Das Ziel eines Clearingverfahrens ist die umfassen-

de, individuelle Klärung der Situation im Rahmen der Jugendhilfe. Grundsätzlich sollte das Clearingverfahren der Gewährleistung des Kindeswohls dienen und auf einer vertrauensschaffenden Zusammenarbeit mit den Jugendlichen beruhen. Die Bayerische Regierung hat zwar einige Stichpunkte, welche den Inhalt des Clearingverfahrens erläutern, in ihren Eckpunkten festgehalten, diese sind jedoch sehr mehrdeutig formuliert und besonders der Aspekt des »Ausländerrechtlichen Status« bedarf der Erläuterung.

Wichtig ist, dass ein Asylantrag im Rahmen eines Clearingprozesses und nicht davor gestellt wird. Im Rahmen des Clearingverfahrens sollte geprüft werden, ob es im Sinne des oder der Jugendlichen ist, einen Antrag zu stellen. In Bayern wie auch in anderen Bundesländern wird ein Asylbegehren von unbegleiteten Minderjährigen oft als selbstverständlich angenommen. Allerdings sollte ein Asylantrag erst gestellt werden, wenn ein Vormund gemeinsam mit dem bzw. der Jugendlichen die Möglichkeiten einer Familienzusammenführung, die Fluchtursachen und mögliche Gründe der Verfolgung geprüft hat. In den meisten Bundesländern hat es sich bewährt, dass ein Asylantrag nicht sofort gestellt wird, da beispielsweise in einigen Fällen ein Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen bei der Ausländerbehörde Erfolg versprechender sein kann.⁸

Andere Inhalte des Clearings sind Ansätze zum Spracherwerb und eine Einschätzung des psychologischen und pädagogischen Bedarfs. Eine Klärung der Bedarfe setzt aber voraus, dass diese auch angemessen gedeckt werden können. Erforderlich ist also ein diversifiziertes Angebot an unterstützenden Institutionen, welche die festgestellten Bedarfe decken können. Einzelne Jugendhilfeträger dürfen mit dem Problem der fehlenden Folgeeinrichtungen nicht leingelassen werden.

Verteilung auf Nachfolgeeinrichtungen

Nach den geplanten maximal drei Monaten in der Inobhutnahme in den vier existierenden zentralen Einrich-

tungen in Bayern (München, Nürnberg, Augsburg, Regensburg) folgt planmäßig der Übergang in passgenaue Hilfseinrichtungen. Dies setzt aber auch eine ausreichende Zahl von Jugendhilfeplätzen voraus. Eine wiederkehrende Problematik bei der Vergabe der verfügbaren Plätze ist der Wunsch der Jugendlichen, nicht in abgelegenen Einrichtungen außerhalb der Ballungsgebiete rund um München untergebracht zu werden. Neben dem Kontakt zu Freund*innen und dem Freizeitangebot wird oft auch der Zugang zu Bildung und zu Ausbildungsmöglichkeiten als Argument vorgebracht. Nach § 5 SGB VIII gibt es ein Wunsch- und Wahlrecht, nach welchem der oder die Jugendliche ein Recht hat, seine bzw. ihre Einrichtung mit auszuwählen. Diese Problematik wird in den »Konzeptionellen Eckpunkten« des Bayerischen Sozialministeriums nicht angesprochen. Dies hat nicht nur einen theoretisch-abstrakten Stellenwert: Wenn keine passgenauen Hilfen angeboten werden können, steht die Effektivität der Jugendhilfe insgesamt in Frage.

Resümee

Die vorgesehene Änderung der Inobhutnahme von jungen Flüchtlingen in Bayern ist ein längst überfälliger und wichtiger Schritt. Dies ist allerdings nur der Einstieg in weitergehende Veränderungen.

Ein Blick über die Landesgrenzen zeigt, dass die meisten Bundesländer bereits weiter als Bayern fortgeschritten sind und sich dort vielfach eine sehr breit ausdifferenzierte Jugendhilfelandtschaft herausgebildet hat.

Der Fokus auf die Inobhutnahme ist nicht ausreichend, es braucht auch einen Ausbau der damit zusammenhängenden Infrastruktur. Dieser Schritt fehlt in Bayern bislang. Die Verbesserung der Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen bleibt ein »Work in progress« und sollte nicht mit der Überarbeitung der Inobhutnahme enden.

von
Sophia Meyer-Landrut

Mitarbeiterin beim Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e. V. (B-UMF)



⁸ Siehe Kerstin Müller, RAin: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – Alternativen zum Asylantrag. Asylmagazin, November 2011, S. 358 ff.: asyl.net/fileadmin/user_upload/beitraege_asylmagazin/Beitraege_AM_2011/AM2011-11-358-Mueller.pdf

Babylon im Deutschunterricht

Projekt »Auftakt« – Studierende fördern unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Deutschen

Studentinnen der Didaktik des Deutschen als Zweitsprache der Universitäten Bamberg und Nürnberg (s. Foto) bieten Sprachkurse für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge an. Das ambitionierte Projekt »Auftakt« geht in pädagogischer und sprachdidaktischer Hinsicht neue Wege und hat neben dem sozialpolitischen Engagement auch den professionellen Umgang der Lehramtsstudentinnen mit einer bislang (auch) im Studium kaum beachteten Zielgruppe im Blick.



Endlich angekommen

»Ich Tarzan – du Jane«: Zwei Fremde aus ganz verschiedenen Kulturkreisen treffen sich unerwartet mitten im Urwald. Keiner spricht die Sprache des anderen. Mit viel gutem Willen und Neugierde versuchen Tarzan und Jane aufeinander zuzugehen und miteinander »ins Gespräch zu kommen«.

Diese Szene aus dem weltberühmten Zeichentrickfilm von Walt Disney war der Einstieg in einen ganz besonderen Deutschkurs, der im April begann. Jugendliche aus Wohngruppen für unbeglei-

tete minderjährige Flüchtlinge (UMF) der Rummelsberger Diakonie und des Don-Bosco-Jugendwerks in Nürnberg hatten sich eingefunden, um mit Studentinnen der Didaktik des Deutschen als Zweitsprache eine Reise in die deutsche Sprache zu beginnen.

Die 16- bis 18-jährigen Jungs hatten schon einen langen Weg durch den Dschungel des Lebens hinter sich gebracht, hatten es geschafft, aus Afghanistan, Pakistan, Somalia oder Äthiopien zu fliehen, hatten die Heimat und die Familie verlassen, um nach Tausenden von Kilometern hier in Europa anzukommen. Eigentlich hätten sie sich nun im sicheren Umfeld der Wohngruppe endlich etwas entspannen und zur Ruhe kommen können. Doch die Jugendlichen wollen sich nicht ausruhen. Sie wollen vorwärtskommen, die deutsche Sprache möglichst schnell lernen, zur Schule gehen, eine Ausbildung beginnen und sich ein neues Leben hier in Deutschland aufbauen.

Sozialpolitisches Engagement und Aufbau von Professionalität

Die Studentinnen treffen auf hoch motivierte und lernbereite Jugendliche; es sind, so Lisa Schröder, die den Bereich der UMF bei den Rummelsberger Diensten leitet, »sehr ehrgeizige junge Menschen, die mit großen Träumen und Wünschen hier ankommen, wirklich große Hoffnungen haben und lernen wollen.« Einige der Jugendlichen besuchen be-

sondere Klassen an einer Nürnberger Berufsschule, wenige die Mittelschule, etwa die Hälfte der Jugendlichen hat aber, zumindest in den ersten eminent wichtigen Monaten des Aufenthaltes in Deutschland, keinen Platz an einer Schule. Diese Jugendlichen werden nun von einer Gruppe engagierter Bamberger und Nürnberger Studentinnen im Umfang von insgesamt zwölf Stunden wöchentlich in der deutschen Sprache gefördert.

Am Projekt »Auftakt« nehmen Studentinnen aller Lehramter teil, die Didaktik des Deutschen als Zweitsprache (DiDaZ) studieren. Sie gehen dabei eine Verpflichtung ein, die jenseits von formalen »Anwesenheitspflichten« und »Leistungspunkten« liegt. Sie beziehen Stellung und mischen sich ein. Sie fahren mit der Bahn von Bamberg nach Nürnberg, um dort zu unterrichten, besuchen die Erstaufnahmestelle für Asylbewerber*innen in Zirndorf und bestücken eine Dropbox mit Unterrichtsmaterialien und Links.

Doch das ehrenamtliche Engagement für die UMF ist nur ein Anliegen des Projektes, denn auch die Studentinnen profitieren: So ist der Aufbau von Professionalität, insbesondere der Umgang mit der schwierigen Situation und psychosozialen Disposition der Jugendlichen, ein ebenso wichtiges Ziel des Projektes. Durch die projektbegleitenden Angebote erhalten die Studentinnen einen realistischen und unsentimental-kritischen Einblick in die besonderen Lebensbedingungen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Um darauf aufbauend zu einer kompetenten Einschätzung der Situation in der



Fotos: Claudia Kupfer-Schreiner



Lerngruppe zu kommen und damit auch zu einer Grundlage für guten Sprachunterricht, ist neben der Projektbegleitung durch die Universität die Unterstützung und Anleitung von Sozialpädagog*innen, Psycholog*innen und Supervisor*innen ein weiteres wichtiges Element der Arbeit.

Farsi, Urdu, Dari, Somali und Englisch im Deutschunterricht

Anstelle des traditionellen, streng einsprachigen Prinzips, nur die deutsche Sprache im Unterricht verwenden zu dürfen, wird die Muttersprache der Jugendlichen als Verständnishilfe eingesetzt. Sie ist DER Türöffner, der von den Jugendlichen von Anfang an in einer selbstverständlichen und überzeugenden Weise genutzt wird.

Dadurch, dass sich mehrere Jugendliche mit der jeweils gleichen Muttersprache im Kurs befinden, ergibt sich dies fast von allein. Die Jugendlichen erklären sich in ihrer Muttersprache schwierige Begriffe oder grammatische Phänomene und sie binden darüber hinaus auch weitere Spracherfahrungen ein, insbesondere ihre Englischkenntnisse, über die sie zum Teil bereits verfügen. Es ergeben sich spannende Diskussionen, in denen selbst die Studentinnen einmal nachfragen und sich das Schriftsystem oder Strukturen in der Muttersprache der Jugendlichen erklären lassen, wichtige Momente, die den Jugendlichen dann sogar ein kleines Stück Heimat zurückbringen.

So leben diese Sprachkurse auch von einer lebendigen babylonischen Sprachenvielfalt, man hört Farsi, die persische Sprache, Dari, einen in Afghanistan gesprochenen Dialekt des Farsi, Urdu, die Amtssprache Pakistans, Somali, das überwiegend in Somalia, aber auch in Äthio-

pien gesprochen wird, und eben Englisch – und dies alles, um besser DEUTSCH zu lernen.

Natürlich wäre es sinnvoll und wünschenswert, die Jugendlichen auch in ihrer Muttersprache zu unterrichten, zumal die parallele Förderung beider Sprachen, der Muttersprache und der Zweitsprache, erwiesenermaßen Vorteile für die Entwicklung der bilingualen Kompetenz bietet. Aber dies ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch Zukunftsmusik ...

Doch Mohsin und Ali haben sich schon selbst auf den Weg gemacht und aus eigenem Antrieb damit begonnen, sich ein Wörterbuch für Deutsch und Urdu mit dem im Kurs behandelten Wortschatz anzulegen.

Unterricht aus dem Lehrbuch – bitte nicht

Themen, die »normalerweise« im DaZ-Unterricht eine wichtige Rolle spielen (Herkunft, Familie, Freunde ...), sind zunächst grundsätzlich zu vermeiden. Das Anknüpfen an die Biografie und damit an Ereignisse, bei denen die Jugendlichen an ihre Erlebnisse im Herkunftsland oder auf der Flucht erinnert werden (könnten), ist im Unterricht erst einmal tabu. Stattdessen steht das Hier und Jetzt in Nürnberg im Mittelpunkt.

Insofern erwiesen sich praktisch alle vorliegenden Lehrwerke als ungeeignet, auch ein Kursbuch für diese besonderen Anforderungen der Zielgruppe gibt es (noch) nicht, deshalb haben die Studentinnen die meisten der Unterrichtsmaterialien mit Kreativität und ungewöhnlichen Ideen selbst entwickelt. Dass schließlich Vater-und-Sohn-Geschichten ein unerwartetes Revival erleben und großen Anklang bei den jugendlichen Flüchtlingen finden, ist fast schon ein kleiner sprachdidaktischer Treppwitz der Geschichte ...

Sensible Situationen meistern

Für die Studentinnen, die meist über wenig Praxiserfahrung verfügen, ist bereits der Sprachkurs eine Herausforderung.

Doch auch ihr pädagogisches Geschick ist in ganz besonde-

rer Weise gefordert: plötzliche Müdigkeit, Phasen, in denen die Jugendlichen unkonzentriert sowie kaum ansprechbar und nicht bei der Sache sind, die unvermittelte Bitte, sich aus dem Unterricht entfernen zu dürfen: All das sind Situationen, die zwar selten vorkommen, mit denen aber jederzeit gerechnet werden muss.

Termine beim Ausländeramt, Anhörungen im Rahmen des Asylverfahrens oder (schlechte) Nachrichten aus der Heimat wirken sich auf die Gefühlslage der jungen Flüchtlinge aus, verursachen Schlaflosigkeit, Angstzustände oder Ohnmachtsgefühle, die trotz der auf den ersten Blick augenscheinlich lockeren Atmosphäre im Kurs unvermittelt auftreten und zu schwierigen Situationen führen können.

Die Studentinnen, die zum Teil nur zwei oder drei Jahre älter als ihre »Schüler« sind, müssen solche Phasen bewältigen, müssen ad hoc Entscheidungen treffen. Sie müssen einerseits eine vertrauensvolle Atmosphäre aufbauen, aber gleichzeitig auch professionelle Distanz wahren. Sie müssen zwischen Freundin und Lehrerin ihre Rolle finden und Grenzen ziehen lernen zwischen dem Auftrag, Deutsch zu unterrichten, und den Anforderungen sowie Fragen, die den Rahmen dieser Aufgabe sprengen.

Ein erfolgreicher »Auftakt«

Zurück zu Tarzan und Jane: Die beiden Fremden kommen »ins Gespräch«. Hollywoods Liebesgeschichte nimmt ja bekanntlich ein gutes Ende, wengleich die beiden Wanderer*innen zwischen verschiedenen Welten bleiben. Wie bei Tarzan und Jane gelang auch im Projekt »Auftakt« die Annäherung, auch hier mit der Bereitschaft auf beiden Seiten, mit Neugierde und Interesse füreinander. Ein erfolgreicher »Auftakt« in den letzten Monaten zu einer ungewöhnlichen, aber spannenden Reise, die noch lange nicht zu Ende ist: Im Wintersemester geht's weiter.

von Dr. Claudia Kupfer-Schreiner

Akademische Direktorin der Universität Bamberg am Lehrstuhl für Didaktik der deutschen Sprache und Literatur – ist Initiatorin des Programms und seit 1981 Mitglied der GEW



Weitere Informationen unter <http://www.uni-bamberg.de/germ-didaktik/didaktik-des-deutschen-als-zweitsprache> oder direkt bei claudia.kupfer-schreiner@uni-bamberg.de



Ein Stück Heimat in der Fremde

Das Projekt »Flüchtlinge in Beruf und Schule« der Münchner Volkshochschule



»Immer nur Deutsch, Deutsch, Deutsch, wann lerne ich denn endlich Bairisch hier?« fragt der 17-jährige John und provoziert damit Gelächter in der Klasse. Bei 16 Wochenstunden Deutschunterricht kann schon mal der Wunsch nach mehr Abwechslung laut werden. Doch motiviert sind hier fast alle der 80 Schüler*innen in der Landwehrstraße 46, im Herzen des Münchner Bahnhofsviertels. Dies ist auch gut so, denn viel Zeit bleibt ihnen nicht, um Deutsch zu lernen, ihren Schulabschluss nachzuholen und den Übergang in eine gute Ausbildung zu bewerkstelligen.

Sie kommen aus Afghanistan, Somalia, dem Irak, Sierra Leone, Uganda, Tibet und vielen anderen Ländern, aus denen Menschen gezwungen sind zu flüchten. Die meisten von ihnen sind in der Regel erst seit kurzer Zeit in Deutschland, wenn Sie das Gebäude der Münchner Volkshochschule betreten. Sie alle haben einen der begehrten Plätze im Projekt »Flüchtlinge in Beruf und Schule«, kurz FlÜB&S, ergattert.

Begehrte deshalb, weil es derzeit ca. 2.000 junge Flüchtlinge in München gibt.

Der Zugang zur Regelschule ist ihnen aber verwehrt, sobald sie das 16. Lebensjahr erreicht haben. Verschiedene Weiterbildungseinrichtungen und die Berufsschulen versuchen, diese Lücke zu füllen.

Die Zeit nach der Ankunft nutzen

Die meisten der Jugendlichen kommen als sogenannte unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, kurz UMF, nach Deutschland. Ohne Eltern sind sie hier auf die Hilfe und Unterstützung des Jugendamtes, der Betreuer*innen in den Jugendhilfeeinrichtungen und Vormünder angewiesen. Vor allem die Zeit unmittelbar nach ihrer Ankunft im Aufnahmeland ist für traumatisierte Jugendliche prägend für ihre weitere Entwicklung. Höchste Priorität hat daher, ihnen Angebote zu machen, die ihrem Bedürfnis nach Sicherheit, Struktur und Zukunftsperspektiven entsprechen.

FlÜB&S bietet da genau den richtigen Rahmen. Orientiert am Lehrplan der Bayerischen Mittelschulen, aber flexibel genug, um auf die spezifischen Bedürfnis-

se der Zielgruppe einzugehen, bietet das Projekt zwei Jahre schulanalogen Unterricht. Im ersten Schuljahr, dem sogenannten Vorkurs, liegt der Schwerpunkt auf intensivem Deutschlernen und Mathematikunterricht. Im zweiten Jahr wird nach dem Fächerkanon der Mittelschule sprachsensibel unterrichtet – die Voraussetzung für einen erfolgreichen Schulabschluss. Dabei helfen uns interkulturell geschulte Lehrkräfte und Dozent*innen mit einer Qualifikation in »Deutsch als Zweitsprache«.

Gleichzeitig findet Berufsorientierung in Form von Betriebspraktika, Berufsberatung durch die Agentur für Arbeit und Bewerbungstraining in Kooperation mit der Allianz und dem Verein Lichterkette in München statt. Die Stärke liegt im ganzheitlichen Ansatz, bei dem jede*r einzelne Jugendliche die notwendige individuelle Unterstützung erhält. Dazu stehen zwei Lehrkräfte, fünf Dozent*innen und drei Sozialpädagoge*innen zur Verfügung. Sie unterrichten, beraten und begleiten beim Lernen und dem Übergang in eine erfolgreiche Ausbildung, aber nicht nur das. Manchmal müssen sie auch trösten, Mut

spenden, Grenzen setzen und aufmuntern. Grundlage hierfür ist eine gute und vertrauensvolle Beziehung zu den jungen Menschen. Sorgen, Nöte und Ängste können so eine Zeit lang vergessen und der Fokus auf das Lernen gelegt werden.

Was sichert den Aufenthaltsstatus?

Doch trotz aller Anforderungen und Probleme lassen John und seine Schulkamerad*innen nur selten den Kopf hängen. Dafür haben sie auf ihrem langen und gefährlichen Weg nach Deutschland schon zu viel erlebt. Oftmals sind schon Jahre verstrichen, seitdem sie ihre Heimat verlassen haben. Entsprechend hoch ist ihre Motivation, den Schulabschluss schnell in der Tasche zu haben und einen Beruf zu erlernen. Eine abgeschlossene Ausbildung ist auch deshalb für unsere Schüler*innen existenziell, weil sie in der Regel zu einem sicheren Aufenthaltsstatus führt, den die allerwenigsten von ihnen über einen Asylantrag erhalten.

John möchte nach seinem Quali Elektriker werden. Ein anspruchsvoller Beruf, doch John verfügt, wie die meisten seiner Mitschüler*innen, über gute Schlüsselqualifikationen, die mittlerweile von vielen Betrieben und Unternehmen geschätzt werden. Johns Banknachbarin Naima möchte lieber die Karriere einer Hotelfachfrau einschlagen. Nach einem geglückten Betriebspraktikum sind die Chancen auf einen Ausbildungsplatz für beide deutlich gestiegen. Dennoch bleiben Zweifel und Ängste. Werden im Auswahlverfahren ihre besonderen Kompetenzen ausschlaggebend sein oder bekommen sie eine Absage, weil die Deutschkenntnisse noch nicht perfekt sind? Wird der gewünschte Ausbildungsbetrieb den unsicheren Aufenthaltssta-



tus akzeptieren? Wird das magere Ausbildungsgehalt des ersten Lehrjahres reichen, um im teuren München über die Runden zu kommen und gleichzeitig den Geschwistern in der Heimat einen Schulbesuch zu ermöglichen?

Diese und ähnliche Fragen spuken unseren Schüler*innen bis zum Ende des Schuljahres unentwegt durch den Kopf und können ihnen auch mal den Schlaf rauben. Keine idealen Voraussetzungen, um sich voll und ganz auf den Schulabschluss konzentrieren zu können. Um den Kopf wieder freizubekommen, bietet FlÜB&S gemeinsam mit den Sozialpädagog*innen aus dem Interkulturellen Schüler*innentreff neben dem Unterricht auch eine Reihe von Freizeitaktivitäten an. So gehen wir beispielsweise zum Klettern, besuchen einen Trommelkurs, verschiedene Museen, das Jugendtheater Schauburg oder gehen in den Alpen wandern. Eine gute Möglichkeit, um Ängste und Sorgen mit Pädagog*innen zu teilen und wieder neuen Mut zu schöpfen.

Netzwerke sind wichtig

Das alles wäre nicht möglich ohne ein starkes Netzwerk, auf das wir täglich zurückgreifen können. Haben John und seine Schulkamerad*innen Lernschwierigkeiten, Liebeskummer oder Streit in der Jugend-WG, so stehen ihnen hausintern die Pädagog*innen des Schüler*innentreffs mit Rat und Tat zur Seite. Zudem bieten die Räume des Schüler*innentreffs nicht nur die Möglichkeit, gemütlich zu verweilen oder mal ein spontanes Geburtstagsfest zu feiern, sondern sind auch der Ort für zahlreiche Workshops, Konflikttrainings und Gesprächsgruppen. Extern wird eng mit Wohneinrichtungen der Jugendhilfe, Vormündern, psychosozialen Beratungsstellen und Therapieeinrichtungen wie REFUGIO sowie weiteren Bildungsträgern zusammengearbeitet.

So kann es sein, dass bei der Abschlussfeier – Schulabschluss und Ausbildungsvertrag in der Tasche – schon die eine oder andere Träne fließt. Denn unsere Schule ist für die meisten der Jugendlichen mehr als nur Pauken und Noten. Sie ist zu einem Stück Heimat in der Fremde geworden.



von Brigitte Diermann

Dipl.-Sozialpädagogin FH

und

Goran Ekmescic

Dipl.-Sozialpädagoge FH



Kontakt:

»FlÜB&S – Flüchtlinge in Beruf und Schule« ist ein Projekt der Münchner Volkshochschule, Programmbereich Deutsch, Migration, Integration; finanziert durch das Amt für Wohnen und Migration der Landeshauptstadt München

Projektleitung Hedwig Fuß
Landwehrstraße 46 • 80336 München





Flüchtlingsmutter
mit ihren Kindern
während der Proteste
im letzten Jahr.
Foto: imago/epd

Mit Familie, aber ohne Beistand

Die Behandlung minderjähriger Flüchtlinge in Begleitung – eine Übersicht

2013 stellten 109.508 Menschen in Deutschland einen Erst-Asylantrag. Unter ihnen waren 34.656 Kinder unter 18 Jahren und 4.143 Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren. Der Anteil der nicht volljährigen Flüchtlinge betrug damit 35,4 %. Etwa 4.500 unter ihnen waren sogenannte unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF).¹ Im Folgenden geht es um die Kinder und Jugendlichen, die mit ihren Familien oder einem Teil der Familie einreisen. Obwohl sie ein Drittel der Flüchtlinge ausmachen, erhalten sie kaum Aufmerksamkeit. Sie werden als Anhängsel der Erwachsenen wahrgenommen und als solche behandelt.

Aufnahmesituation

Wer es nach Deutschland geschafft hat, wird einer sogenannten Erstaufnahmeeinrichtung zugewiesen. In Bayern gibt es bislang zwei davon, eine in München und eine in Zirndorf. Obwohl die Asylbewerber*innenzahlen seit Jahren wieder steigen und die beiden Erstaufnahmeeinrichtungen seit Langem aus allen Nähten platzen – die Presse berichtet wiederholt von Belegungen der Hauskapelle und provisorisch aufgestellten Zel-

ten –, wurde die Aufnahmekapazität bisher nicht erweitert. Erst 2015/16 soll eine dritte Erstaufnahmeeinrichtung in Deggendorf dazukommen. Bis dahin müssen die Schutzsuchenden mit den provisorischen Zuständen in den Erstaufnahmeeinrichtungen zurechtkommen: Sie schlafen in Doppelstockbetten in Mehrpersonenzimmern und in den Gängen, in der bereits erwähnten Kapelle oder in Zelten. Kleinkinder haben kein eigenes Bett, sondern nächtigen mit einem Elternteil, die Eltern getrennt nach Männern und Frauen. Familienleben ist abgeschafft. Nach der Rechtslage beträgt die Höchstaufenthaltsdauer dort drei Monate, oft geht die »Verteilung« schneller, manchmal auch langsamer.

Aber nicht nur die Wohnsituation ist für die Flüchtlinge während dieser Zeit ein Provisorium: Es gibt keinen regulären Schulunterricht für die Kinder, die Sozialbetreuung erschöpft sich wegen der zu geringen Kapazitäten in einer Nothilfe, manchmal helfen Ehrenamtliche bei der Betreuung mit, unterrichten etwas Deutsch und spielen mit den Kindern.

Verteilung

Nach etwa drei Monaten werden die Flüchtlinge aus der Erstaufnahmeeinrich-

tung entsprechend der gesetzlichen Vorgabe in zentrale Sammelunterkünfte verteilt. In der Praxis dominiert mittlerweile die sogenannte dezentrale Unterbringung. Dies bedeutet, dass die Flüchtlinge auf die Landkreise verteilt und von dort den einzelnen Kommunen zugewiesen werden. Dort werden sie in stillgelegten Gasthäusern oder in Containersiedlungen untergebracht. Die Lebensbedingungen der Familien sind dabei sehr unterschiedlich. Mal gibt es ein Zimmer für die Eltern und ein eigenes für die Kinder, mal werden Eltern und Kinder in einem Zimmer untergebracht, mal müssen sie ihren Raum auch noch mit Fremden teilen. Eng ist es immer. Dies führt wegen der unterschiedlichen Bedürfnisse zu Konflikten und Spannungen, auch hier ist ein Familienleben unmöglich. Ist, wie bei Flüchtlingen häufig, die Familie nicht komplett, sondern die Mutter oder der Vater mit den Kindern allein, liegt die Überforderung auf der Hand.

Schulpflicht

In Bayern gilt die Schulpflicht auch für Flüchtlinge, unabhängig von ihrem Status. Rechtlicher Anknüpfungspunkt ist ein gewöhnlicher Aufenthalt, von dem man nach drei Monaten ausgeht. Die Kinder

1 Hubert Heinhold: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – die rechtliche Lage. In: DDS 6/2014, S. 6

werden dem regulären Schulsprengel zugewiesen und dort beschult. Je nach Größe der Schule und Anzahl der Flüchtlingskinder gibt es eigene Förderklassen oder einen »Mitlauf« in den herkömmlichen Klassen, ergänzt durch eine Einzelbetreuung. Die Lehrerinnen und Lehrer nehmen ihre Aufgabe ernst. Die Vermittlung des normalen Wissensstoffes, der erforderlichen Deutschkenntnisse und der Alphabetisierung überfordern aber selbst die engagiertesten Pädagog*innen. Hier braucht es Spezialeinrichtungen, wie es sie in München und Nürnberg bereits gibt.

Ähnliches gilt für die Kinder, die der Berufsschulpflicht unterliegen. In einzelnen Schwerpunktschulen werden bereits spezielle Förderklassen gebildet.

Soziale Lage

Alle Schutzsuchenden, die noch keinen regulären Aufenthaltsstatus erhalten haben, unterliegen dem Asylbewerberleistungsgesetz. Nachdem das Bundesverfassungsgericht am 18.07.2012 die massiven Kürzungen gegenüber der Sozialhilfe für verfassungswidrig erklärt und eine einstweilige Regelung angeordnet hatte, die die Bargeldleistungen einigermaßen anglich, ist das Existenzminimum jetzt ausreichend gesichert. Seit auch in Bayern die Zwangsversorgung durch Essenspakete Schritt für Schritt abgeschafft wird, kann von einer halbwegs zufriedenstellenden Lage gesprochen werden. Als Kritik bleibt die mangelnde ärztliche Versorgung, da das Asylbewerberleistungsgesetz ärztliche und zahnärztliche Leistungen nur zur Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände und manchmal erst nach diskriminierenden Rechtfertigungen vor dem oder der Sachbearbeiter*in des Sozialamts gewährt. Kinder- und Elterngeld gibt es nicht, da dies einen regulären Aufenthalt der Berechtigten voraussetzt.

Erwerbstätigkeit

Die Erwerbstätigkeit ist während der ersten neun Monate des Aufenthalts untersagt.² Danach darf eine Arbeit angenommen werden, wenn der vorgesehene Arbeitsplatz nicht mit bevorrechtigten Deutschen oder EU-Ausländer*innen besetzt werden kann. Eine Ausnahme gibt es für die berufliche Ausbildung in einem

staatlich anerkannten oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberuf. Sie bedarf nach Ablauf der Wartefrist keiner Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit.

Freizügigkeit und Aufenthaltsbeschränkung

Solange das Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist, unterliegen die Schutzsuchenden aufenthaltsbeschränkenden Maßnahmen. Sie sind verpflichtet, den Wohnsitz zu nehmen, der ihnen zugewiesen wird, und bedürfen sowohl zum Auszug aus dieser Einrichtung als auch zur Verlegung des Wohnsitzes der Erlaubnis. Diese Erlaubnis wird nur bei schwerwiegenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen nach Nachweis durch das Gesundheitsamt erteilt oder, wenn der Lebensunterhalt dauerhaft durch eigene Erwerbstätigkeit gesichert ist, und ansonsten nach vierjährigem Aufenthalt oder bei Familien nach bestandskräftigem Abschluss des Erst-Asylverfahrens, sofern keine Ausschlussgründe vorliegen. Wird die Erlaubnis nach Durchführung des recht bürokratischen Verfahrens erteilt, scheitert ein Auszug oft, weil die Familien keine Wohnung finden. Einen Umzug in ein anderes Bundesland – selbst zu nahen Verwandten – verhindert meist die Bürokratie.

Nicht nur die Wohnsitznahme, sondern auch die Bewegungsfreiheit ist bei Asylbewerber*innen beschränkt: Ihr Aufenthalt ist auf den Regierungsbezirk und die angrenzenden Landkreise beschränkt, wobei eine Erweiterung auf das jeweilige Bundesland angekündigt ist. Besuche über die Bezirks- oder Landesgrenzen hinweg setzen eine Verlassenserlaubnis voraus.

Aufenthaltsstatus

Das Asylverfahren dient der Klärung des weiteren Schicksals und des weiteren Aufenthalts der Flüchtlinge im Bundesgebiet. Während dieser Zeit haben die Betroffenen eine »Aufenthalts gestattetung«.

Stellt sich – dies steht am Anfang des Prüfverfahrens – heraus, dass nach dem europäischen Recht (sogenannte Dublin-III-Verordnung) ein anderes europäisches Land für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist, müssen die Betroffenen Deutschland verlassen. Im Zweifelsfall werden sie in den anderen EU-Staat zwangsweise überstellt.

Wurde das Asylverfahren in Deutsch-

land erfolglos durchgeführt, gilt das Gleiche, nur dass sich dann die Abschiebungsandrohung auf den Herkunftsstaat richtet und die Abschiebung dorthin erfolgt. Wer nicht freiwillig ausreist, ist illegal hier, macht sich strafbar und kann in Abschiebungshaft kommen, wenn nicht eine Duldung erteilt wird. Hierunter versteht man die vorübergehende Hinnahme des regelwidrigen Aufenthalts, was durch eine Duldungsbescheinigung attestiert wird. Geduldete unterliegen weitgehend denselben Regelungen wie Asylbewerber*innen.

War das Schutzersuchen erfolgreich, erhalten die Flüchtlinge eine – zunächst befristete – Aufenthaltserlaubnis. Damit kann das richtige Leben in Deutschland beginnen: mit einem Integrationskurs, der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oder Ausbildung, mit dem Umzug zu Verwandten in einem anderen Bundesland, wobei dieser oft mit Einschränkungen verbunden ist, oder mit dem Familiennachzug enger Familienangehöriger, die zurückbleiben mussten. Bis zu diesem Zeitpunkt sind manchmal Jahre vergangen.

Kritik

Damit die Zeit des Asylverfahrens für die Kinder und Jugendlichen keine verlorenen Jahre sind, ist es erforderlich, ihnen mehr Entwicklungschancen einzuräumen, als es gegenwärtig der Fall ist. Sie müssen als Individuen erkannt und als solche gefördert werden. Sie dürfen nicht als Anhängsel der Familie wahrgenommen werden. Die Aufarbeitung oftmals vorhandener traumatisierender Erlebnisse, das Erlernen der deutschen Sprache von Anfang an, die intensive schulische Förderung und die Ausschöpfung vorhandener Begabungen sowie die Integration in den Arbeitsmarkt sind Gebote, deren Umsetzung auch im deutschen Interesse liegt. Dies wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, dass – unabhängig vom Ausgang des Asylverfahrens – lediglich etwa 30 % aller Menschen, die als Flüchtlinge nach Deutschland kommen, das Land wieder verlassen. Neben dem menschlichen Aspekt schaden wir uns vor allem selbst, wenn wir diese Ressourcen nicht nutzen.



von Hubert Heinhold

Rechtsanwalt

www.waechter-kollegen.de

² Der Zeitrahmen soll demnächst auf drei Monate verkürzt werden.

Erwiderungen ... Erwiderungen ... Erwiderungen ... Erwiderungen ... Erwiderungen

Zum Artikel »Teilzeit und doch keine Zeit – und auch noch weniger Geld« von Judith Barnickel in der DDS Juni 2014:

Recht auf Teilzeit – Fehlanzeige!

In Deutschland und damit auch in Bayern gilt das Teilzeit- und Befristungsgesetz in den Betrieben. Für die verbeamteten Beschäftigten des Freistaats sieht das aber schon wieder anders aus: Teilzeit müssen Beamt*innen entsprechend BayBg Art. 88 bis 92 jedes Schuljahr neu beantragen und genehmigen lassen. Wenn sie familienpolitische Gründe vorweisen können (Erziehung von Kindern oder Pflege von Angehörigen in erster Linie), dann muss dieser Antrag quasi genehmigt werden. Nur bei »zwingenden dienstlichen Belangen« darf er abgelehnt werden. Die Rahmenbedingungen sind folgende: Die Beamt*innen müssen entweder auf null Unterrichtsstunden gehen, sich also beurlauben lassen (für bis zu 15 Jahren möglich) oder eine bestimmte Mindestzahl des üblichen Deputats übernehmen, z. B. sechs von 24 Stunden Unterrichtspflichtzeit (UPZ), sie dürfen nicht über das 18. Lebensjahr des Kindes hinaus vom Dienst befreit werden etc. Daneben gibt es eine »Antragsteilzeit« für diejenigen wie mich z. B., die sich weder um Kinder noch um Angehörige kümmern. Sie ermöglicht das »Sabbatjahr« oder eben die Reduzierung der UPZ auf bis zur Hälfte. ABER: Sie muss nicht genehmigt werden, wenn »dienstliche Belange« dem entgegenstehen. Die Formulierung ist hier also deutlich schwächer.

Teilzeit für Familienbelange möglich ...

In der Praxis findet das auch Anwendung. Derzeit wird verbeamteten Kolleg*innen am Gymnasium mit den Fächern Mathematik und Kunst keine Antragsteilzeit gewährt. An den Grund- und Mittelschulen gibt es ebenfalls bestimmte Einschränkungen. Dies wechselt unter Umständen jedes Schuljahr. Umgekehrt gibt es eine »arbeitsmarktpolitische« Beurlaubung: Bei einem »außergewöhnlichen Überhang« kann man sich zwischen einem und sechs Jahren vom Dienst freistellen lassen, wer über 50 Jahre alt ist, kann dies sogar bis zum Beginn des Ruhestands machen, allerdings bei Ruhen der Bezüge und ohne Anspruch auf Beihilfe.

Ein Stück weit hat sich das Beamtengesetz an veränderte Lebensentwürfe angepasst: Lehrerinnen müssen seit Kriegsende (streng genommen ja erst seit 1977 mit der Änderung des § 1356 BGB) ihren Beruf nicht mehr aufgeben, wenn sie heiraten, sie dürfen weiterhin im Dienst bleiben. Weil der Freistaat Bayern, also die CSU, die Familie zum höchsten Gut erhoben hat, wird es Müttern und Vätern ermöglicht, ihre Arbeitszeit zum Dienst der individualisierten Kinderaufzucht zu reduzieren. Jahrzehntlang hat sich die CSU gesträubt, außerhalb der Kleinfamilie Möglichkeiten der Kinderbetreuung zu schaffen, aber selbst sie konnte sich dem Wandel der Zeit nicht dauerhaft entgegenstellen. Berufstätigkeit von Müttern wird mittlerweile toleriert, solange sie sich in Teilzeit abspielt und das Kind älter als drei Jahre ist.

... andere Gründe unterliegen der Restriktion durch »dienstliche Belange«

So weit, so gut für diese große Gruppe der Beamt*innen mit Kindern (bzw. pflegebedürftigen Angehörigen). Diskriminiert werden allerdings Beamt*innen, die aus anderen als den genannten Gründen nicht Vollzeit arbeiten wollen, als da wären:

- der Wunsch danach, einen Teil seiner Lebenszeit mit anderem als der Schule zu verbringen;

- ehrenamtliches Engagement, das mehr Zufriedenheit als der Schulalltag liefert und das einen daher auf einen Teil des Einkommens verzichten lässt;
- eine hohe Arbeitsbelastung, die durch Reduzierung der Stundenzahl zurückgefahren werden soll.

Letzterer ist wohl der am meisten verbreitete Grund für die Antragsteilzeit. Ob die Planung sich erfüllt und die Work-Life-Balance wieder ins Lot kommt, das steht auf einem anderen Papier und hängt stark von der Persönlichkeit der Beamt*in ab. Ab nächstem Schuljahr habe ich aus genau dieser Zwangssituation heraus beantragt, meine UPZ um vier Stunden zu reduzieren, mit den entsprechenden finanziellen Einbußen, die uns als Dinks (Double income no kids) weniger beunruhigen: Die ca. 5.000 Euro im Jahr weniger sind verkraftbar.

Wo liegt dann das Problem? Auch auf der LVV konnte ich das den Delegierten, inklusive Judith Barnickel nicht plausibel machen – und die Zeit drängte plötzlich, Zeit zum Diskutieren und Erklären war nicht mehr.

Das Problem liegt natürlich darin, dass es in erster Linie Frauen sind, die Antrags-TZ machen. Konkret: Zum einen hat mein Mann einen Beruf, bei dem es für ihn definitiv bedeuten würde: Er macht die gleiche Arbeit für weniger Geld, wenn er auf Teilzeit geht. Wenn er dann meinen Teil an Reproduktionsarbeiten zusätzlich übernehmen müsste, dann würde er mir aufs Dach steigen. Zum anderen: Es geht mir ja um meine Lebensqualität und es ist meine Entscheidung, ob ich zugunsten von mehr Zeit zu meiner freien Verfügung auf Geld verzichte oder nicht. Keine Person, kein Chef zwingt mich dazu – nur die Arbeitsbedingungen. Und genau hier müsste eine Gewerkschaft ansetzen, tut sie aber nicht, weil es hier ans Eingemachte geht.

Arbeitsbelastung zwingt zu Teilzeit

Wieder konkret: In meinem Bekanntenkreis sind es allein drei Lehrer*innen, die sagen: Wenn ich Vollzeit arbeiten muss, dann muss ich kündigen (bzw. den Dienst quittieren). Warum ist das so? Die betroffenen Kolleg*innen haben alle mindestens ein Korrekturfach. Ich selber unterrichte seit über zehn Jahren mit zwei Korrekturfächern (und einem »Nebenfach«) an der Fach- und Berufsoberschule. Derzeit stapeln sich die 26 Abschlussprüfungen einer 13. Klasse Deutsch und die insgesamt 35 Arbeiten von zwei 12. Klassen Englisch. Das ist völlig normal, jedes Schuljahr. Heuer habe ich Glück, denn ich muss niemanden nachkorrigieren. Üblich wäre noch mal eine Klasse Zweitkorrektur, es waren aber auch schon vier Klassen Erstkorrektur oder drei Erst- und zwei Zweitkorrekturen. »Na und, dafür habt ihr ja weniger Unterricht nach den Prüfungen!«. Genau das sagt unser Chef (und andere an anderen FOS/BOSen). Das stimmt, es ist eine Erleichterung, wenn ich nur noch an zwei oder drei Tagen in der Woche in die Schule muss, allerdings kommen eben jetzt am Schuljahresende meist noch weitere Termine dazu: Fachsitzungen, Prüfungsausschusssitzungen (drei an der Zahl), Vorbereitung der mündlichen Prüfungen und Durchführung, Planungen für die Abschlussfeiern ...

Kurz und gut: Es ist trotz des Unterrichtswegfalls viel zu tun – und in den Ferien und nachmittags sind die Korrekturen zu bewältigen, nach einem Schuljahr, in dem man schon am laufenden Band schriftliche Arbeiten bewertet hat. Es ist interessant, war-

Erwiderungen ... Erwiderungen ... Erwiderungen ... Erwiderungen ... Erwiderungen

um Frauen diese Belastungen offenbar weniger gut wegstecken als Männer. Es liegt teilweise wohl am Perfektionismus, den viele Lehrer*innen hegen und pflegen (da wird dann noch ein drittes Mal über die zehnteilige Schulaufgabe gelesen, und siehe da, zwei Rechtschreibfehler hatte ich noch übersehen, also hat sich die halbe Stunde Korrekturaufwand gelohnt ...). Männliche Kollegen tun sich damit oft leichter, jedenfalls habe ich noch keinen Mann erlebt, der gesagt hätte: »Wenn mir meine Teilzeit nicht mehr genehmigt wird, dann muss ich den Lehrerberuf aufgeben!«. Richtig: Die Männer arbeiten ja fast alle das volle Stundenmaß!

Nachdem sich aber dieser generelle Unterschied in den nächsten Jahren nicht gravierend ändern wird (aber langsam tut sich das was), müssen wir uns im Hier und Jetzt um Lösungen bemühen:

- Zähne zusammenbeißen, nicht so wehleidig sein, trotzdem voll arbeiten;
- Teilzeit, bei weniger Gehalt und Pension;
- Entlassung beantragen, wenn Vollzeit angeordnet wird.

DAS kann es doch auch nicht gewesen sein! Warum sind hier nicht neue Wege denkbar?

Warum gibt es nicht die Option, nur die Hälfte meiner Planstelle zu beanspruchen, die andere Hälfte bekommt dann jemand anders, also wäre schon zwei Leuten geholfen – bei den 3.000 bis 4.000 arbeitslosen Junglehrer*innen derzeit doch sehr vernünftig!

Warum können alle möglichen Gesetze geändert werden, egal ob es um Atomausstieg oder Aussetzung der Zuführungen zu den Pensionsrücklagen geht, nicht aber das Bayerische Beamtengesetz? Warum kann der Status von bayerischen Beamt*innen nicht endlich neu definiert werden? Warum muss dieser Beamtenstatus an eine volle Stelle gebunden sein?

Über konkrete Antworten darauf – auch aus der GEW – würde ich mich freuen! Gerne nehme ich natürlich auch eine Reduzierung meiner Arbeitsbelastung entgegen. ABER: Die GEW wird sich wohl in absehbarer Zeit nicht für eine Reduzierung der UPZ von Lehrer*innen mit Korrekturfächern einsetzen. So weit geht die Solidarität dann doch nicht, schade!

von Anna Forstner

FOS/BOS Straubing, PR-Vorsitz, GEW-Kreisvorsitzende Regensburg
annamforstner@web.de

Zum Artikel »Studium muss sich lohnen! Vergesst die Kindheitspädagog*inn nicht« von S. Bachmeier, N. Guck, K. Huber, J. Lex, J. Welker in der DDS Mai 2014:

Studium muss sich lohnen!? – ein Kapitel Bildungspolitik

Alter macht nicht unbedingt milde. Es gibt vieles, wo ich das zunehmend spüre. Und der Beitrag von und über die Kindheitspädagog*innen gehört dazu. Solche Beiträge machen mich zornig, wie viele in letzter Zeit auch in der E&W. Und sie verstärken in mir die Frage: Ist die GEW eigentlich inhaltlich noch wirklich eine »Bildungsgewerkschaft«? Der angesprochene Beitrag lässt mich einmal mehr daran zweifeln.

Es ist natürlich in Ordnung, wenn qualifiziert arbeitende Menschen für entsprechende Anerkennung und Entlohnung kämpfen. Aber ist dabei jede Art von Argumentation gerechtfertigt? Ich finde in dem ganzen Artikel nicht einen einzigen Satz darüber, welche inhaltlichen Vorstellungen die KollegInnen von kindlicher Bildung und Entwicklung und ihrem eigenen Beitrag dazu vertreten. Möglicherweise ist das bei vielen in Ordnung, zumal, wenn sie bereits eine Erzieher*innenausbildung hinter sich haben. In dem Beitrag aber bekomme ich den Eindruck, hier käme eine ganz neue Riege von »Jungmanager*innen« und Jungtechniker*innen in Sachen Bildung auf uns zu. Da werden vorrangig die eigenen »Führungs- und Managementkompetenzen« hervorgehoben und schon mal blanko der Anspruch auf »Leitungstätigkeiten« erhoben.

Es wird mit »europäischen Standards« argumentiert, die inhaltlich gar nicht ausgeführt, geschweige denn kritisch hinterfragt werden. Stichpunkte wie »mittlere Qualitätszonen« u. Ä., sind der ökonomischen Bildungsdiskussion entnommen, enthalten aber ebenfalls keinen eigenen Gedanken darüber, was die angehenden Fachkräfte denn selbst unter Qualität kindlicher Bildung verstehen. Alles in allem werden hier genau die Schlagworte verwendet, die der heutigen Mainstreamdebatte über Bildung entstammen und mit denen sich kritisch auseinanderzusetzen eigentlich die allererste Aufgabe »qualifizierter Bildungsarbeiter*innen« wäre.

Wo aber bleiben die Kinder?

Ich lese keinen einzigen Satz über diejenigen, deren individueller menschlicher Entwicklung und Bildung doch eigentlich das Bemühen jeder Fachkraft im Bereich Bildung unterworfen sein sollte, nämlich die Kinder. Wie definieren die KollegInnen denn ihr Bild

vom Kind und dessen einzigartigen Bildungspotenzialen? Wie ihre eigene Rolle als Ko-Konstrukteur*innen der selbst wirksamen und selbstorganisierten Bildungsprozesse der Kinder? Welche Vorstellungen haben sie davon, Kindern gerade in frühen Entwicklungsstadien diesen Selbstbildungsprozess zu ermöglichen und ihnen Schutz zu gewähren vor den ökonomisch determinierten Bildungsplänen und Fördermaßnahmen. Wären solche Fragen nicht etwas, woran die Verfasserinnen des Beitrags ihre wirklichen beruflichen Qualitäten nachweisen und worauf sie ihre Ansprüche gründen könnten? Wo bleibt das, was W. Bergmann altertümlich die »Demut« in der Erziehung nannte? Ich habe in zahllosen Begegnungen mit Kindern in und außerhalb von Kitas während meiner Dienstzeit als Erstes gelernt, dass angesichts des umfassenden »Selbstbildungseifers« vieler Kinder meine »akademischen Qualitäten« erst einmal ins Leere laufen.

Stattdessen spricht die ganze Argumentation dafür, dass sie sich frag- und kritiklos den längst von ganz anderen Interessen her definierten »Standards« sowie bildungstechnischen und Managementanforderungen unterwerfen und ihr Stolz gerade darauf beruht, diese möglichst effizient erfüllen zu können. Der Hinweis auf die »schlechte Qualität im Bereich der Schulvorbereitung, z. B. Lesen, Mathematik usw.«, lässt Schlimmes befürchten. Es lässt nämlich befürchten, dass diese zukünftigen Fachkräfte genau das fortsetzen, was allzu viele bisherige Erzieher*innen schon nicht abschütteln konnten, nämlich sich u. a. als eine Art Zuschneider*innen für die – oft auch nur mutmaßlichen – Forderungen der späteren Schulpädagogik zu verstehen.

Vereinheitlichung statt Spezialisierung?

Der Gedanke der Akademisierung der Erzieher*innenausbildung und das Thema akademische Grade sind geprägt von Missverständnissen. Es begann schon ein paar Jahre nach der Implementierung der Erzieher*innenausbildung, sicher ab Ende der 70er-Jahre. Ich habe etwa in dieser Zeit so etwas wie eine Koordinatorenrolle in der bayrischen GEW für Fragen der Ausbildung im sozialpädagogischen Bereich übernommen und lange ausgeübt. Un-

Erwiderungen ... Erwiderungen ... Erwiderungen ... Erwiderungen ... Erwiderungen

ser Thema war »Vereinheitlichung« der Ausbildungsgänge gegen die zunehmende Flut von Spezialisierungen, z. T. auch auf niedrigerer Ebene. Und unsere Forderung war seit damals eine Vertiefung der Erzieher*innenausbildung. U. a. ging es auch um die Frage der »Akademisierung«.

Im Unterschied zur Bundes-GEW haben wir damals differenziertere Positionen entwickelt. Wir haben für ein Jahr Verlängerung der Fachakademieausbildung argumentiert, um die theoretische Tiefe zu verbessern. Wir haben aus sehr vielen Gründen nicht einfach für eine Verlagerung an die FH oder Uni argumentiert. Ein sehr zentraler Punkt, der für mich bis heute Bestand hat, war u. a., dass die Hochschulebenen erst einmal selbst in vieler Hinsicht einer dringenden Reform bedürft hätten, wenn diese Verlagerung wirklich sinnvoll sein sollte. So hat diesen Ebenen immer gefehlt, was gerade in der Arbeit mit Kindern sehr entscheidend ist, die Praxis. D. h. etwa die praktisch-musischen Bereiche – Bewegung, Musik, Kunst und Werken, praktische mediale Arbeit usw. – waren, wenn überhaupt, nur sehr punktuell vorhanden. Auch waren – und sind wohl immer noch – die Beziehungen zwischen den Akademien und den Praxis-Einrichtungen wesentlich intensiver. So war unsere Forderung nach Ausweitung und Vertiefung der Ausbildung inhaltlich bestimmt und nicht automatisch an »Akademisierung« gekoppelt.

Verschulung durch Bachelorstudiengang an Unis

Traditionell haben gerade die Universitäten sich nicht wirklich für eine konkrete berufliche Ausbildung für zuständig gehalten. Wir haben Ende der 60er-Jahre kritisiert, dass die Professor*innen mehr ihren Hobbys frönten, als in irgendeiner Weise auf handfesten Alltag vorzubereiten. Der Bologna-Prozess mit dem Bachelorstudiengang hat dies jetzt genau umgekehrt und wird oft dafür kritisiert, dass er die Universität zu einer reinen Berufsschule degradiert hat. Es ist hier Dieter Lenzen Recht zu geben, der darauf verweist, dass noch die große Aufgabe für die Universitäten offen ist, »eine Balance zu finden zwischen allgemeiner Menschenbildung und der Notwendigkeit, einen Weg in den Beruf zu öffnen«.

Ich empfehle den Verfasserinnen des Beitrags, die letzte Publikation von Lenzen »Bildung statt Bologna« zu lesen. Für mich persönlich ist Dieter Lenzen ein »unverdächtiger Zeuge« aus zwei Gründen. Einmal, weil ich viele seiner Positionen, z. B. seine Vorstellungen von Elite und Exzellenz u. a., keineswegs teile, und zweitens, weil er zu Beginn wohl ein veritabler Anhänger des Bologna-Prozesses war. Er weist darauf hin, dass ein Ziel war, die »arbeitsmarktrelevanten Qualifikationen zu fördern«, und merkt an, dass arbeitsmarktrelevant nicht mit berufsqualifizierend identisch ist. Und er kritisiert weiter, dass unter dem Vorwand einer angeblich notwendigen Vereinheitlichung ein einzigartiger Verschulungsprozess stattgefunden hat.

Letztendlich führt er in diesem Zusammenhang aus, dass gerade der »berufsqualifizierende« Bachelorabschluss von vielen Arbeitgebern nicht als wissenschaftlicher Abschluss anerkannt wird und selbst der Staat ja diese Absolvent*innen nicht für den Höheren Dienst akzeptiert und auch die Tarifparteien des Öffentlichen Dienstes festgehalten haben, dass dies kein wissenschaftlicher Abschluss ist. Statt dieses nur zu beklagen, sollte man vielleicht darüber nachdenken, warum das so ist und ob und wie es verändert werden kann. Es ist keine Frage, dass z. B. die Erzieher*innenausbildung nicht in das Korsett der schulischen Regulativen gehört. Wenn man aber feststellt, dass in vielen Fachakademien unterdessen sich trotzdem sehr viel mehr an freiem Arbeiten, projektbezogenem Arbeiten usw. entwickelt hat, während sich an den Universitäten hier ein massiver Verschulungsprozess

vollzogen hat, dann bleibt zumindest die Frage berechtigt, ob eine formal »akademische« Ausbildung per se schon eine hoch- oder höherwertige Ausbildung ist. Was nichts daran ändert, dass die Bildungs- und Erziehungsarbeit mit Kindern unabhängig davon einer höheren gesellschaftlichen Wertschätzung bedarf, um zu gelingen.

Vergleiche mit Skandinavien hinken

Und noch etwas sei gesagt zu dem Hinweis auf europäische und speziell skandinavische Vorbilder. Das Entscheidende in Skandinavien, das eben auf die BRD nicht zutrifft, liegt schon darin, dass das zu einer akademischen Ausbildung im pädagogischen Bereich führende Schul- und Bildungssystem dort von Anfang an eine völlig andere Voraussetzung schafft, auch was z. B. die Durchlässigkeit angeht, dass die zugrunde liegende Bildungsphilosophie eine völlig andere ist, dass die Auswahl zukünftiger Fachkräfte völlig anders verläuft und dass außerdem das Verhältnis von beruflichen und allgemeinbildenden Abschlüssen ein anderes ist. Und nicht zuletzt ist die frühkindliche Bildung in Skandinavien sehr viel flächendeckender mit entsprechenden akademischen Fachleuten an den Hochschulen verankert. Und noch etwas fällt bei europäischen Vergleichen unter den Tisch. Es hat einer langen Geschichte bedurft, bis in Deutschland die Erzieher*innenausbildung endlich viele vorherige Spezialausbildungen zu einer einheitlichen Breitbandausbildung zusammengeführt hat, die nicht allein auf frühkindliche Arbeit spezialisiert ist. Das ist in der EU einzigartig. Ohne Zweifel müssten deshalb Erzieher*innen die Möglichkeit haben, sich in jeweiligen Arbeitsfeldern berufsbegleitend weiterzuqualifizieren. Die »Kindheitspädagogik« führt aber dazu, den historischen Prozess rückgängig zu machen und wieder für jeden Bereich ein Spezialist*innetum einzuführen. Die Folgen eines solchen Schrittes sollten die enthusiastischen Jungkolleginnen zumindest mal mit reflektieren.

Es war Max Horkheimer, der der »Borniertheit der Spezialausbildung mit ihrer Tendenz zur Barbarei« den »individuellen Prozess der Bildung« gegenüberstellte. Wir haben an unseren Universitäten, auch in den geisteswissenschaftlichen Bereichen, leider eine zu lange Tradition an Fachidiot*innetum. Und wir haben leider im Bereich der Planer*innen heutiger frühkindlicher Bildung zu viele fachbornierte und einseitig ökonomistisch orientierte Bildungstechnokrat*innen, wie W. Bergmann das nannte. Überall werden heute vernetztes Denken und Handeln, vernetzte Fähigkeiten gefordert. Auch dem widerspricht eine zunehmende Spezialisierung, die, sobald sich etwas verändert, an ihre Grenzen stößt. Wie sollen Fachkräfte, die selbst einen eher technokratischen und verschulerten Studienprozess durchlaufen haben, in dem Bildung im Sinne der Hüther'schen individuellen Potenzialentfaltung wohl die geringste Rolle spielt, eine solche Bildungsarbeit bei Kindern gewährleisten?

Schon während meiner Tätigkeit in der Koordination von Ausbildungsgängen musste ich feststellen, wie borniert auch innerhalb der GEW oft die einzelnen »Spezial«-Berufsgruppen sich weniger als Einheit in der Bildungsdebatte sondern mehr als konkurrierende Standesgruppen innerhalb einer Organisation verstanden. Der angesprochene Beitrag vermittelt mir das gleiche Gefühl. Es wird Zeit, dass die GEW geschlossen im Sinne einer Bildungsgewerkschaft in eine Diskussion darüber eintritt, wie wir gegen die heutige Bildungstechnokratie selbst als Anwalt*innen der Kinder und Jugendlichen Qualität und Inhalt von Bildung entlang aktueller Erkenntnisse vieler verschiedener Wissenschaften neu definieren wollen. Studium und »Akademisierung« lohnen sich eben nicht unbedingt als Selbstzweck.

von Fritz Köbler, langjähriger Lehrer in der Erzieher*innenausbildung

aus der GEW ... aus der GEW ... aus der GEW ... aus der GEW ... aus der GEW

Volkshochschulen in Bayern – ohne Moos nix los!

Aktion der Landesfachgruppe Erwachsenenbildung bei der bvv-Landestagung in Erlangen

Alljährlich treffen sich Vertreter*innen der bayerischen Volkshochschulen zu ihrer Landestagung, so auch dieses Jahr im Mai. Obwohl alle möglichen Ehrengäste, Abgeordnete, Stadträt*innen usw. eingeladen waren, bekamen weder die GEW noch der DGB eine Einladung. Diesmal aber sollte die Landestagung nicht ohne uns stattfinden, dachten sich die Kolleg*innen im Vorstand der Landesfachgruppe. Schnell wurde ein Flugblatt für eine kleine Aktion vor der Landestagung in Erlangen erstellt.

Im Flugblatt wurde auf die prekäre Situation der Lehrenden – i. d. R. freiberufliche Dozent*innen – eingegangen und die mangelnde Förderung der VHS durch die Staatsregierung kritisiert. Als Beispiel diente dafür die Situation der Lehrenden beim Bildungszentrum der Stadt Nürnberg. Nach einer heftigen Auseinandersetzung wurden dort 2006 die Honorare von 24,74 EUR pro Unterrichtseinheit um bis zu 27 % gekürzt, obwohl dieser Satz bereits sieben Jahre Bestand hatte. Erst vor Kurzem erfolgte die erste bescheidene Anhebung auf 21,75 EUR, teilweise mit individuellen Zuschlägen. Dass dies anders geht, hatte die Erlanger VHS bewiesen. Dort gab es keine Kürzung, vielmehr wurden die Honorare vor einigen Jahren sogar auf 28,50 EUR erhöht. Auch wenn die GEW-Forderung nach einem Mindesthonorar je Unterrichtseinheit von 30 EUR zzgl. Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung auch dort noch nicht erfüllt ist, zeigt dies doch den Spielraum, den einige VHS haben. Im Gegensatz zu Nürnberg gibt es in Erlangen auch noch eine Dozent*innenvertretung.

Noch weiter geht das Land Berlin: Dort können VHS-Dozent*innen mit Uni-Abschluss bis zu 37,53 EUR bekommen, zusätzlich Zuschläge zur Sozialversicherung sowie Ausfallhonorare bei Urlaub und Krankheit.

Kurz vor Beginn der Tagung im altherwürdigen Erlanger Reoutensaal postierten sich der Autor und der Fachgruppensekretär Erwin Denzler am Eingang und überreichten den Delegierten und Gästen der VHS-Landestagung das Flugblatt der GEW. Nahezu alle Teilnehmer*innen der Tagung ließen sich informieren. Eine VHS-Vertreterin verkündete dabei noch stolz, an ihrer VHS würden 38 EUR gezahlt. Auf Nachfrage musste sie aber kleinlaut zugeben, das sei der Satz für die Doppelstunde. Bei Frau Stamm, der Landtagspräsidentin, ergab sich die Gelegenheit zu einer kur-



zen Darstellung der GEW-Forderungen. Ebenso gab es ein kurzes Gespräch mit dem Erlanger Kulturreferenten Herrn Rossmesl, der auch im Bayerischen Städtetag Vorsitzender des Kultur- und Schulausschusses ist. Auch Albin Dannhäuser vom BLLV ließ es sich nicht nehmen, seine Unterstützung für die Aktion zum Ausdruck zu bringen.

So weit, so gut, dachten sich die beiden Kollegen Flugblattverteiler. Aber es wäre auch interessant zu wissen, wie die Aktion auf das Auditorium und die Gastredner*innen gewirkt hat. Deshalb ließ es sich der Autor, der auch Stadtrat in Erlangen ist, nicht nehmen, die Reden anzuhören. Dabei fiel auf, dass die GEW-Forderung nach »ordentlicher Bezahlung« der Honorar-dozent*innen und einer besseren finanziellen Ausstattung der VHS von allen Redner*innen aufgegriffen wurde. Kulturreferent Rossmesl zitierte aus dem Flugblatt. Auch

wenn er meinte, dass Erlangen bei den Honoraren gut dastehen würde, selbst wenn die GEW mehr will. Die GEW-Forderung nach einer deutlichen Erhöhung der VHS-Förderung griff er jedoch, wie alle anderen Redner*innen, auf und forderte eine deutliche Anhebung der staatlichen Förderung. Auch der Leiter der Münchner VHS, Dr. Meisel, forderte eine deutliche Verbesserung der Rahmenbedingungen für die freiberuflichen Dozent*innen. Selbst Landtagspräsidentin Stamm meinte, hier müsse mehr getan werden. Dem schloss sich auch der anwesende Kultusstaatssekretär an.

Inwieweit dies nur die berühmten Sonntagsreden waren, bleibt abzuwarten. Nichtsdestotrotz hat diese Aktion gezeigt, dass die Verteilung des GEW-Flugblattes ihre Wirkung nicht verfehlt hatte. Dass alle Redner*innen bei der Eröffnung mehr oder weniger auf die GEW-Forderungen eingegangen sind, zeigt, dass diese Aktion nicht nur erfolgreich war, sondern dass inzwischen auch großer Druck beim Thema VHS-Förderung besteht. Kein Wunder, nachdem sich hier seit rund zwölf Jahren nichts getan hat.

Nach den vielen Reden zur Eröffnung äußerten Kolleg*innen der Erlanger VHS ihre Zustimmung zu dieser Aktion, u. a. mit der Bemerkung: »Das war gut, dass die GEW heute hier diese Infos verteilt hat.«

Anton Salzbrunn

Vorsitzender der Landesfachgruppe Erwachsenenbildung der GEW Bayern

**fair
childhood**
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit



Kindern eine
Kindheit geben

Kinderarbeit ist ein **Armutszeugnis** – in doppelter Hinsicht. Sie ist Zeugnis von Armut. Vor allem aber ist sie ein **Armutszeugnis für die internationale Gemeinschaft.**

**Machen Sie mit.
Unterstützen Sie Fair Childhood –
GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit**
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ 700 205 00, Konto-Nr. 9 840 000

www.fair-childhood.eu

Ja, ich unterstütze den Kampf gegen Kinderarbeit und spende

_____ Euro einmalig monatlich vierteljährlich jährlich

Zahlungsweise monatlich jährlich

Kontoinhaber _____ Bank _____

BLZ _____ Konto-Nr. _____

Name _____ Vorname _____

PLZ, Ort _____ Straße, Nr. _____

E-Mail _____

Ich ermächtige hiermit die GEW-Stiftung, den oben angegebenen Betrag zulasten meines Kontos einzuzahlen.

Datum _____ Unterschrift _____

Bitte senden Sie diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an folgende Adresse:

**fair
childhood**

Fair Childhood
GEW-Stiftung - Bildung statt Kinderarbeit - Kontakt: Sabine Nestroj
Reifenberger Straße 21 - 60489 Frankfurt am Main

aus der GEW ... aus der GEW ... aus der GEW ... aus der GEW ... aus der GEW

Gedenktafel für Georg Schuhmann durch Neonazis geschändet

Stellungnahme des GEW-Kreisvorstandes

In der Nacht zum 1. Juni 2014 wurde in Kolbermoor die Gedenktafel, die an Georg Schuhmann, den am 4. Mai 1919 ermordeten Kolbermoorer Volksratsvorsitzenden, und seinen Kampfgenossen Alois Lahn erinnert, von Unbekannten mit schwarzer Farbe beschmiert. Sie schrieben: »Noske, do it again« und dazu hinterließen sie zwei große Hakenkreuze. Ein weiteres Hakenkreuz wurde in der Unterführung an die Wand gepinselt. Im Namen unserer Gewerkschaft habe ich bei der Polizei in Bad Aibling Anzeige erstattet.



Dies ist bereits der dritte Anschlag in Kolbermoor auf die Erinnerungsarbeit der GEW an die Kolbermoorer Rätezeit. Die erste Tafel wurde im Januar 2000, also nicht einmal ein Jahr nach der Errichtung mit blauer Farbe so zugesprüht, dass wir sie ersetzen mussten. Am 10. Mai 2009 führte ich einen Rundgang durch Kolbermoor auf den Spuren der Räterepublik durch, an dem auch zwei junge Männer in der Tracht der Weißgardisten teilnahmen. Einer von ihnen trug auf dem Rücken eine Schreibmaschine. Dies war eine ungeheure Provokation, wurde doch Alois Lahn, der der Schreiber von Schuhmann war, mit einer Schreibmaschine der Schädel eingeschlagen. Ich ließ mich damals nicht irritieren und ließ sie mitgehen – in der Hoffnung, dass sie etwas dazulernen würden. Sie verhielten sich ruhig, zogen danach ab und stiegen in ein Auto, in dem NPD-Flugblätter lagen.

Der jetzige dritte Anschlag spricht ebenfalls eine deutliche Sprache. Als es um die Niederschlagung der Revolution von 1918/19 ging, war es allen voran der Polizeiminister Noske, der zuerst in Kiel und sodann im Reich mit äußerster Brutalität vorging, wobei Hunderte von Menschen ermordet wurden. »Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht.« Rücksichtslos schlug er den Spartakusaufstand nieder, wobei er auch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht umbringen ließ.

Wenn die Nazis in Kolbermoor auf die Schuhmann-Tafel schmiereten, Noske solle es noch einmal tun (»do it again«), so ist das eine unmissverständliche Aufforderung, dass es wieder jemanden brauche, der sich mit Gewalt aller fortschrittlichen Kräfte entledigt.

Der Anschlag auf die Tafel in Kolbermoor ist ein Anschlag auf uns alle. Er enthält eine Morddrohung an uns, die wir nicht auf die leichte Schulter nehmen dürfen. Derartigen Aktionen der Nazis müssen wir entschieden entgegenzutreten und vor allem geschlossen. Unsere ganze Wachsamkeit ist gefordert, den braunen Umtrieben keinen Raum zu lassen und uns für Freiheit und Demokratie einzusetzen.

Andreas Salomon

Kreisvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Rosenheim

Erlesenes ... Erlesenes ... Erlesenes ... Erlesenes ... Erlesenes ... Erlesenes ... Erlesenes

»Lasst eure Kinder in Ruhe!«

Ein Jahr vor seinem Tod im Jahr 2012 veröffentlichte der Pädagoge und Familientherapeut Wolfgang Bergmann ein kleines Buch unter dem oben zitierten Titel. Ein Buch, das man in gewisser Weise als Zusammenfassung seiner Sicht, seines Verständnisses von Kindern und ihren Entwicklungsprozessen verstehen kann. Es ist eine Sicht, in der er die Philosophie von Kant und die Pädagogik von Fröbel verbindet mit den Erkenntnissen der Gehirnforschung der letzten drei Jahrzehnte, der Entwicklungspsychologie, der Verhaltensforschung, der Bindungsforschung und seiner eigenen jahrzehntelangen praktischen Tätigkeit.

Er zeigt anhand vieler konkreter Beispiele auf, wie sehr der heute bestehende Förderwahn in der frühkindlichen Erziehung durch Eltern und Erzieher*innen in den entsprechenden Einrichtungen allen grundlegenden Erkenntnissen und auch langfristigen Erfahrungen widerspricht, die wir in Hinblick auf kindliche Entwicklungs-, Bildungs- und Lernprozesse haben. Wie weit entfernt all diese Programme sind vom Prinzip der Ganzheitlichkeit, der notwendigen Selbstorganisation und Selbstwirksamkeit, der natürlichen Neugier, der alle Sinne und den ganzen Körper umfassenden Weltaneignung, der Emotionalität und der Bedeutung von Bindungsprozessen.

Er macht deutlich, wie all die Programme für Förderunterricht usw. in großem Maße die grundlegenden Zukunftsängste gerade junger Eltern ausbeuten, und das, obwohl noch nie eine Generation von Erwachsenen so wenig von der Zukunft ihrer Kinder wusste und darüber sagen konnte. Er kritisiert, wie sehr »Bildung« vorwiegend als eine Ansammlung von Wissen verstanden wird, »als solle eine ganze Kindergeneration auf Jauchs RTL-Millionärsspiel vorbereitet werden«. Er zeigt auf, wie Kinder schon im Vorschulalter von Eltern (u. a.) verglichen werden. Und er kritisiert, wie dadurch schon die Kleinsten, bevor sie sich als soziale Wesen »richtig erprobt und kennengelernt« haben, lernen zu rivalisieren.

Er weist darauf hin, dass Kinder noch nie so exakt fachwissenschaftlich beobachtet und statistisch erfasst wurden, dass aber diese Zahlen eine Eindeutigkeit signalisieren, »die es in der kindlichen Entwicklung nicht gibt, weswegen schon die kleinste Abweichung besorgt registriert wird« und »jede Andersartigkeit wie ein Schuldvorwurf auf den jungen Eltern lastet.«

Bildung braucht Zeit

Bergmann verweist darauf, dass große Bildungstheorien immer wussten, dass Bildung eine Frage der Zeit ist, dass sie erforder-



Wolfgang Bergmann:
Lasst eure Kinder in Ruhe! Gegen den Förderwahn in der Erziehung.
Kösel Verlag
München 2014
gebunden
144 Seiten
19,90 EUR
ISBN
978-3-466-30908-5

lich eben nicht auf direkte Lernziele zuzumarschieren sondern für Ab- und Umwege Zeit einzuräumen. Er führt zurück zu Fröbel, dessen frühkindlicher Bildungsbegriff bei Kants Aufklärungsgedanken ansetzt, d. h. den »Ausstieg aus unnötigen Abhängigkeiten« zur Leitidee machte. Noch heute geben fast alle Erzieher*innen als Leitziele von Aktivitäten die »Erziehung zur Mündigkeit« an. Und Bergmann zeigt in diesem Zusammenhang, wie sehr gerade die ganzen »vorgeschriebenen« und genormten Förder- und Exzellenzprogramme genau das Gegenteil bewirken, nämlich eine strikte autoritäre Fixierung, da sie gerade nicht die mündige Eigentätigkeit, sondern die vorgegebenen Fördermaßnahmen zum Maß aller Dinge machen. Er zitiert u. a. den Jenaer Professor für Pädagogik Michael Winkler mit der Frage, welche »Leitideen

Erlesenes ... Erlesenes ... Erlesenes ... Erlesenes ... Erlesenes ... Erlesenes ... Erlesenes

für Bildung und Erziehung es überhaupt noch gebe, außer dem Wunsch nach Steuerung, Messung und Orientierung am Arbeitsmarkt.«

Und er zeigt auch, wie das alles sich auch in der Übungsmethodik der Förderprogramme in reale Praxis umsetzt. »Falsches und ängstigendes Lernen macht dumm.« Und es lässt die Kinder nicht zur Ruhe kommen. »Schulische Lernmethoden in den Kindergärten zu holen ist eine Art intellektuelle Miss-handlung der Kleinen.« Und weiter heißt es: »Es ist die Krux der Pädagogik-Ingenieure ... dass sie die(se) hohe, sinnliche und lieben-

de Weltwahrnehmung reduzieren auf instrumentale Anteile, dass sie alles Komplexe weg-wischen zugunsten einer Methode.«

So lautet eine der Kernfragen, die sich für Bergmann ergibt: »Können wir unseren Kindern Zuversicht geben, Vertrauen auf sich selber und ihr Leben, also ihre Zukunft? Ja das können wir. Aber ganz bestimmt nicht durch Frühförderung und auch nicht dadurch, dass wir ihnen ständig im Nacken sitzen und ihr Leben in verplante, »vernünftige« Ziele verpacken.« Und deshalb auch die Schlussfolgerung: »Das dürfen wir als Prinzip formulie-

ren: Hände weg von allem, was sich nicht organisch aus der jeweils aktuellen Erfahrungswelt der Kinder entfalten lässt.«

Bergmann schreibt das alles in einer sympathischen Alltagssprache, ohne die Arroganz und Macht der üblichen »Experten-Be-grifflichkeit« einzusetzen. Wir sollten sein Vermächtnis ernst nehmen und uns damit in eine Reihe stellen mit Pädagogen wie Fröbel und Korczak und einem großen Teil ganzheitlich denkender Pädagog*innen, Psycholog*innen, Neurobiolog*innen usw. unserer Zeit.

Fritz Köbler

Ideologischer Kampf um »Mein Kampf«

Die bisher allein bei dem Freistaat Bayern liegenden Rechte an Hitlers »Mein Kampf« laufen 2015 aus. Deshalb ist schon seit Längerem geplant, eine kommentierte Ausgabe herauszubringen. Der bayerische Landtag hatte dafür 500.000 Euro bewilligt, die dem Münchner Institut für Zeitgeschichte zur Verfügung gestellt werden sollten. Überraschend stellte sich das bayerische Kabinett dann aber quer und machte einen Rückzieher.

Hermann Glaser, obwohl in der Vergangenheit alles andere als ein Befürworter der von der CSU bestimmten Landespolitik, hält ebenfalls nichts von einer kommentierten Neuauflage. Dafür erachtet er es als notwendig, die Hetzschrift »des größten Feldherrn aller Zeiten« mit ihrer Hohlheit, Bösartigkeit, Verlogenheit und Bestialität umfassend zu entlarven. Und das ist ihm in seinem neuen Opus überzeugend gelungen.

Dabei geht es Glaser hauptsächlich darum zu zeigen, dass die von den Nationalsozialist*innen umgesetzte Politik auf Vorgaben beruht, die bereits im 19. Jahr-

hundert weitverbreitet waren. Ob die Diffamierung der Jüdinnen und Juden, die Ablehnung der modernen Kunst, die Verherrlichung deutscher Gesinnung sowie Verächtlichmachung anderer Kulturen – Hitler konnte mühelos aufgreifen, was seit Jahrzehnten unter deutschen Intellektuellen und im Mittelstand an Dummheit und kleinkariertem Denken kursierte und auf breiter Front in Form von Traktaten, Reden und Publikationen propagiert wurde. Hitlers »Mein Kampf«, so Glasers Fazit, »enthält all das, was ... die Pandorabüchse kleinbürgerlicher Traktä-chenverfasser bereithielt: abgründige Gemeinheiten, in schiefe Metaphern geschlagene Ressentiments, endlose Tiraden, rhetorisch aufgeschminkte Plattitüden. So wurde Hitlers Mediokrität zum Schicksal eines Volkes, das sich Schritt für Schritt von Humanität und Kultur hatte abbringen lassen.« Eine Entwicklung, die der Österreicher Franz Grillparzer den Deutschen bereits Mitte des 19. Jahrhunderts prophezeit hatte: Sie würden den Weg von der »Humanität durch Nationalität



Hermann Glaser:
Adolf Hitlers
Hetzschrift
»Mein Kampf«.
Ein Beitrag zur
Mentalitätsgeschichte
des Nationalsozialis-
mus.
Allitera Verlag
München 2014

344 Seiten • 19,90 EUR
ISBN 978-3-86906-622-6

zur Bestialität« nehmen.

Glaser macht es seinen Leser*innen nicht immer leicht. Belegt durch Hunderte von Zitaten und Quellen und sprachlich knapp und detailliert müssen komplexe Zusammenhänge gedanklich nachvollzogen werden. Das erfordert Zeit und einen langen Atem. Dafür ist man anschließend über die verhängnisvolle Mentalitätsgeschichte der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert lückenlos im Bilde. Ein großes Buch, unverzichtbar nicht nur für Geschichtslehrer*innen.

Thilo Castner



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter: www.AJuM.de (Datenbank) oder unter www.LesePeter.de

Im Juli 2014 erhält den LesePeter das Sachbuch

Renate Habinger und Verena Ballhaus: Kritzel & Klecks

Residenz Verlag • Wien 2014 • 46 S. • 24,90 EUR • ISBN 978-3-701721283 • ab 5 Jahren

Wer wissen möchte, was Tubentiere und Fingerfinken sind und wie man diese selbst mit einfachen Mitteln zu Papier bringen kann, ist hier genau richtig. In einer kleinen, lustigen Bildergeschichte erklären die beiden Autorinnen Verena Ballhaus und Renate Habinger auf 23 Aufklappseiten verschiedene Kritzel-, Kratz-, Klecks- und Drucktechniken, die zu erstaunlichen Ergebnissen führen.

Im August 2014 erhält den LesePeter das Bilderbuch

David Wiesner: Herr Schnuffel

Aladin Verlag • Hamburg 2014 • 32 S. • 16,90 EUR • ISBN 978-3-8489-0066-4 • ab 3 Jahren

Herr Schnuffel ist ein schwarzer Kater mit weißen Pfoten und weißem Hals. Die vielen gekauften Spielzeuge lässt er achtlos liegen, aber dieses merkwürdige, silberne, kugelähnliche Gebilde weckt seine Neugier. Innerhalb der Kugel sind kleine Wesen offensichtlich froh über die gelungene Landung. Wir erkennen: Die fünf sind nicht von dieser Erde, und den Ort ihrer Landung haben sie nicht gut gewählt. Durch den schmalen Schlitz spähen zwei riesige Katzenaugen nach innen. Witzig, toll gezeichnet und durchaus auch für Erwachsene!

Gewerkschaftsmitglieder dürfen bessergestellt werden

Wenn Arbeitgeber und Gewerkschaften im Rahmen von Tarifverhandlungen vereinbaren, Zusatzleistungen nur für Gewerkschaftsmitglieder zu erbringen, dann haben Nichtgewerkschaftsmitglieder keinen Anspruch auf diese Leistungen. Sie können sich dafür nicht auf den arbeitsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatz berufen.

Bundesarbeitsgericht
Urteil vom 21. Mai 2014 - 4 AZR 50/13

Betriebsrat: Behindert, gemobbt, ausgetrickst

Die Gründung von Betriebsräten wird zunehmend problematischer. Immer häufiger berichten Betriebsräte, dass ihre Arbeit behindert wird. Viele fühlen sich gemobbt. Die Otto-Brenner-Stiftung (OBS) hat in einer empirischen Studie Übergriffe auf Arbeitnehmervertretungen untersucht. »Union Busting« heißt die Hetze gegen Betriebsräte in den USA. OBS-Geschäftsführer Jupp Legrand betont, dass »wir in Deutschland noch meilenweit von amerikanischen Verhältnissen entfernt sind«, doch

Dies & Das

die Aussage eines für die Studie befragten Gewerkschaftssekretärs bestätigt den Trend: »Die Gründung eines Betriebsrates kommt heute in vielen Fällen einem Arbeitskampf gleich – und der Konflikt wird von Arbeitgeberseite auch genauso geführt.« Werner Rügemer und Elmar Wigand, die Autoren der Studie, zeigen, dass »Union Busting« – in Amerika längst ein lukratives Geschäftsfeld – in Deutschland immer mehr Nachahmer findet. Entsprechend spezialisierte externe Berater – Juristen, Unternehmensberater oder auch PR-Agenturen – bieten den Unternehmen ihre Dienste an. Die Untersuchung gibt einen ersten empirischen Einblick in die Dienstleistungen und Arbeitsweisen der deutschen Akteure. Analysiert werden in dem Arbeitsheft »Union Busting in Deutschland – Die Bekämpfung von Betriebsräten und Gewerkschaften als professionelle Dienstleistung« über 75 Fälle, die durch Presseveröffentlichungen dokumentiert sind.

www.otto-brenner-stiftung.de

Wo guckst du was? TV in der Familie & anderswo

Diskussionen rund um Fernseher, Spielkonsole oder Internet gibt es in jeder Familie. Wie lange dürfen die unterschiedlichen Geräte genutzt werden? Was ist in welchem Alter erlaubt? Häufig werden daheim Regeln und Absprachen vereinbart, die den Alltag etwas erleichtern. Was zu Hause gilt, muss aber anderswo nicht immer der Fall sein.

Bei den Jüngsten achten die Eltern meist genau darauf, wie sie Medien nutzen, und begleiten sie im besten Fall dabei. Je älter die Kinder werden, umso mehr wird ihnen zugetraut, eigenständig damit umzugehen. Die Einstellung der Eltern und die Fähigkeiten der Kinder spielen dabei eine ganz entscheidende Rolle. Doch was passiert, wenn Kinder außer Haus Medien nutzen? Werden dann die mühsam erarbeiteten Regeln zunichtegemacht? FLIMMO hat in der aktuellen Ausgabe 7- bis 13-Jährige zu diesem Thema befragt. Bei Großeltern, Freund*innen oder dem getrennt lebenden Elternteil – alle Szenarien werden kurz umrissen und es gibt zahlreiche Tipps.

www.flimmo.tv

Neuerscheinung: Handbuch »Islam & Schule«

Hunderttausende Kinder und Jugendliche werden in ihrem Alltagsleben, ihren Werten und ihren Identitäten durch den Islam beeinflusst. Welches Wissen benötigen Lehrer*innen und Sozialpädagog*innen heute für den schulischen Alltag über den Islam, über Muslim*innen- und Islamfeindlichkeit, über Islamismus und Dschihadismus?

Das Handbuch »Islam & Schule« soll Lehrkräfte motivieren, diese komplexen Themen aufzugreifen. Dabei liegt dem Konzept ein religionsübergreifender pädagogischer Ansatz zugrunde, der sich an den universellen Menschenrechten orientiert. Das Handbuch bietet Hintergrundinformationen und Anregungen für die schulische Auseinandersetzung und präsentiert einen nachhaltigen Präventionsansatz gegen beide Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen: den Islamismus und die Muslim*innenfeindlichkeit.

Praxisorientiert werden Beispiele dargestellt, wie man die Themen Islam, Islamismus und Muslim*innenfeindlichkeit mit kunstpädagogischen Methoden wie Theater, Musik und Illustration verbinden kann. Diese Beispiele wurden in dem Modellprojekt »Islam & Ich – Jung sein im Land der Vielfalt« entwickelt und bundesweit erprobt.

Zahlreiche Materialien und Praxisbeispiele von unseren Kooperationspartnern ergänzen die Vorschläge für die Arbeit an den Schulen. Die klare Struktur des Handbuchs mit rund 200 Bildelementen garantiert eine schnelle Orientierung in einer komplexen und mitunter auch komplizierten Materie.

Weitere Informationen und Bestellmöglichkeit über:

<http://www.schule-ohne-rassismus.org/islam-und-ich.html>

Die DDS-Redaktion bereitet eine ausführlichere Rezension vor.

Kompetenz zum Widerstand – eine vernachlässigte Aufgabe der Ökonomischen und Politischen Bildung

Call for Papers für eine Tagung der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, geplant für März 2015

Die Praxis der Ökonomischen und Politischen Bildung zielt in aller Regel auf die Beeinflussung des Handelns – beim Einkaufen und Sparen, beim Wählen und Engagieren. Als Leitbild gilt das mündige Subjekt. Die Rahmenbedingungen des Handelns bzw. der Mündigkeit werden dabei meist unbefragt hingenommen. Weil erfolgreiches Handeln die Anpassung an diesen Rahmen zur Voraussetzung hat, fördert eine solche Bildungsarbeit zunächst vor allem die Kompetenz zur Anpassung (Richard Sennett).

Prinzipiell gibt es jedoch immer auch die Möglichkeit des Widerstands, hier verstanden als Gegenstück zur Anpassung. Widerstand kann dabei vielfältige Formen annehmen: von der bewussten Entscheidung für eine Art der Lebensführung, die sich den herrschenden Standards des Konsumierens und der Vermögensbildung verweigert, über die bewusste Wahlenthaltung bis hin zur begründeten und praktizierten Systemkritik oder zu Akten des zivilen Ungehorsams. Vermutlich fragen Bildungspraktiker*innen aufgrund ihrer Fokussierung auf das Handeln bzw. Verhalten viel zu selten danach, wie Menschen zu solcher Widerständigkeit gegen die zugrunde liegenden Rahmenbedingungen befähigt, wie also Verhalten und Verhältnisse gleichermaßen zum Gegenstand von Bildungsprozessen werden können.

Auch der Theoriediskurs über die Ökonomische und Politische Bildung interessiert sich

bisher kaum für das Thema »Widerstand«, allenfalls in historischer Perspektive. In wertschafts- und politikdidaktischen Nachschlagewerken sucht man den Begriff vergeblich. Diese Ausblendung ist ein Verstoß gegen die Grundlagen eines aufgeklärten Bildungsverständnisses. Ihm zufolge kann die Entscheidung für Anpassung oder Widerstand immer nur vom mündigen Subjekt selbst getroffen werden und dieses muss zu einer solchen Entscheidung und zu deren praktischer Umsetzung auch erst befähigt werden.

In diesem bildungstheoretischen Zusammenhang stellen sich grundsätzliche Fragen, die nur im interdisziplinären Diskurs angemessen behandelt werden können: Wie lässt sich das Kontinuum zwischen Anpassung und Widerstand begrifflich fassen, auf der Mikro- und Makroebene (Hinterfragung und Zurückweisung von Erwartungen, abweichendes Verhalten, Verstoß gegen nicht-rechtsförmige und rechtsförmige Normen, Einsatz von Gewalt gegen Sachen und Personen)? Mittels welcher Konzepte lässt sich Widerstandskompetenz operationalisieren? Welche Erkenntnisse gibt es über die Motivation und Volition in Bezug auf Widerstand? Welche Rolle spielen dabei Variablen wie Identitätsbewusstsein, Kohärenz, Resilienz und Resonanz (Hartmut Rosa)? Welchen Einfluss haben Vorbilder, Gelegenheitsstrukturen,

Pluralität sowie freie Räume und freie Zeiten für das Erproben von Widerstandsaktionen? Welches sind die zentralen Faktoren des Erfolgs von Widerstandsbemühungen? Welche Konzepte der bewussten Förderung von Widerstandskompetenz existieren (Harald Welzer)? U. a. m.

Adressat*innen dieser Fragen sind vor allem Didaktiker*innen der Ökonomischen und Politischen Bildung sowie Vertreter*innen der Demokratiepädagogik und der Politischen Pädagogik, die an Kompetenztheorien bzw. -konzepten interessiert sind, Psycholog*innen, Pädagog*innen, Soziolog*innen, Gesundheitswissenschaftler*innen und Historiker*innen, die sich mit Sozialisationsprozessen und gesellschaftlichen Strukturen in Hinblick auf widerstandsrelevante Faktoren befassen, Wirtschafts-, Politik-, Verwaltungs- und Verfassungsrechtswissenschaftler*innen sowie Philosoph*innen und Theolog*innen, denen es um eine dezidiert gesellschaftskritische Bearbeitung des Freiheitsversprechens der Moderne geht. Ein Tagungsband soll 2016 erscheinen. Einreichung der Abstracts bis spätestens 1.9.2014. Da wir die genaue Datierung der Tagung von der Resonanz auf diesen Call for Papers abhängig machen, wären wir für eine baldige Rückmeldung dankbar. Auf Terminwünsche im März 2015 kann also noch eingegangen werden.

PD Dr. Fritz Reheis • Didaktik der Sozialkunde
LS Politische Theorie der Uni Bamberg
Feldkirchenstraße 21 • 96045 Bamberg
Tel. 09 51-8 63-25 90 und -26 40 (Sekretariat)
Fritz.Reheis@uni-bamberg.de

Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im Juli und August Geburtstag feiern, ganz besonders

Marianne Walz, Neustadt, zum **94.**

Helmut Stock, Lauf, zum **91.**

Klaus Zielke, Coburg, zum **90.**

Herwarth Stadler, Peißenberg, zum **89.**

Elfriede Bode, München, zum **87.**

Rüdiger Kuczius, Thurnau, zum **83.**

Dr. Rolf Eckart, München, zum **81.**

Ellen Amthor-Geltinger, Bayreuth,

Elisabeth Stehle, Giengen,

Erwin Dobner, Olching,

Hannes Henjes, Erlangen, und

Walter Wittmann, Erlangen, zum **78.**

Klaus Engelhardt, Grub,

Hans Parnickel, Stockheim,

Roland Rall, München, und

Hansjörg Schupp, Möttingen, zum **77.**

Ursula Euskirchen, Hersbruck,

Gert Freyberger, Passau,

Dr. Eduard Hertel, Bayreuth, und

Günter Hörmann, Kulmbach, zum **76.**

Elisabeth Knapp-Lubos, Dillingen,

Christa Stark, Hof,

Gianni Carlet, München,

Georg Grill, München,

Gert Mader, München, und

Prof. Dr. Volker Schütz, Handorf, zum **75.**

Barbara Seitz, München,

Dr. Gabriele Sprigath, München,

Hans-Peter Elkeles, München,

Walter Kleinhenz, Veitsbronn, und

Eduard Rode, Erlangen, zum **74.**

Christiane Hansen, München,

Inge Rhöse, Aldersbach,

Peter Dietz, Lichtenfels,

Gerald Goblirsch, Eggstätt,

Peter Kiefer, Fürth,

Rolf Kunzmann, Bayreuth,

Wilhelm Mattes, Lauf,

Dr. Harald Mesch, München, und

Helmut Muggenthaler, Wörthsee, zum **73.**

Barbara Herbst, München,

Karin Hermann, Schweinfurt,

Dr. Erika Reibstein, Nürnberg,

Jerry Astill, München,

Alfred Bornschlegl, Unterdießen,

Dr. Volker Deubel, München,

Hermann Huber, Herzogenaurach,

Franz Kluge, Tettau,

Dr. Klaus Schönhoven, Reichenberg,

Karl Weigand, Geretsried, und

Dr. Wolfgang Witthuhn, Uttenreuth, zum **72.**

Gisela Heidenreich, Hechendorf,

Vicky Heinrich, Pürgen,

Birgit Hesse-Kalafatis, Ingolstadt,

Irmgard Heuberger, München,

Dorothee Rabenstein, Neu-Ulm,

Dr. Irene Raehlmann, Bamberg,

Barbara Stössel, München,

Heinz Göbel, Diedorf,

Uwe Hauber, Treuchtlingen,

Eduard Hieke, Königsdorf,

Dr. Harro Honolka, München,

Manfred Malter, Lichtenau,

Hans-Peter Roth, München,

Hans Schamberger, Bad Reichenhall,

Dr. Gerd Schneider, Fürstenfeldbruck,

Frank von Sicard, Traunstein,

Hans Sonnenholzner, Wasserburg am Inn,

Klaus Thaler, Nürnberg, und

Klaus Weiß, München, zum **71.**

Heidi Bröder-Benz, Nürnberg,

Katrin Huber, Dießen,

Irmgard Ritter, Kaufbeuren,

Marietta Schmidt, Kulmbach,

Karin Weiß, Bamberg,

Ruth Ziegler, München,

Norbert Fischer, Fürth,

Josef Mayer, Berching,

Gisbert Morcinek, Dachau,

Bernd Moser, Kitzingen,

Maximilian Ott, Johannesberg,

Elmar Pickelmann, Nürnberg,

Udo Rebhan, Nürnberg, und

Rolf Tybl, Grafrath, zum **70.**

sowie zum **65.**

Regina Basalyk, Abensberg,

Ursula Bindi-Nohl, Kirchheim,

Elisabeth Fanderl, München,

Gabriele Frank-Merschmann, Lauf,

Ursula Gampe, Seefeld,

Maria Geissler-Wiener, Weismain,

Ingrid Reichensperger, Oberasbach,

Eva Reingruber, Fraunberg,

Bettina Sauerbruch-Meese, Kaufbeuren,

Heidi Schmid, Büchenbach,

Blanka Schulte, Bamberg,

Cornelia Schwartz-Deutz, München,

Cordula von Tettau, München,

Ingrid Vogt, München,

Waltraut Wellenstein, Maisach-Gernlinden,

Augusta Wiese, Winhöring,

Wolfgang Baborowsky, Tettau,

Prof. Dr. Herbert Bassarak, Lauf,

Klaus Dyroff, Erlangen,

Henryk Gabrysch, Wendelstein,

Joachim Goslar, Untersiemau,

Hans-Jürgen Herrmann, Hersbruck,

Josef Herz, Memmingen,

Bernhard Mayer, Freising,

Erwin Rosenfeld, Krailling,

Ulrich Schägger, Weilheim,

Bernhard Schmiegl, Bamberg,

Markus Staudacher, München,

Dr. Norbert Trebes, Teuschnitz,

Hans Weber, München,

Friedrich Weidinger, Eckental,

Klaus Weigand, Wonsees,

Norbert Werner-Gleixner, Nürnberg, und

Franz Worschech, Nürnberg.





Herzlichen Dank

sagen wir allen, die der Gewerkschaft
seit vielen Jahren die Treue halten.

Im Juli und August gilt unser Dank ganz besonders

für **40 Jahre** **Angela Bedall**, München,
Marina Birn-Martens, Altdorf,
Brigitte Merkl, Wörth,
Dorothea Muggenthaler, Wörthsee,
Angelika Purchart-Konrad, Ebersberg,
Christa Stephan, Augsburg,
Julia Volkmer, München,
Herbert Bube, Lindau,
Winfried Freitag, München,
Karl Franz Fritsch, Großheirath,
Lothar Hauck, Heroldsberg,
Martin Hoffmann, Wendlingen,
Volker Korell, München,
Fritz Martin, Neu-Ulm,
Georg Müller, Burgthann,
Klaus Ostner, München,
Helmut Steiner, Fürth, und
Luitpold Will, München,

sowie für **35 Jahre**

Sylvia Berning, München,
Birgit Brantl-Schwaiger, München,
Martina Genseder-Gogolin, Obernburg,
Christa Grötsch, Würzburg,
Ursula Kiechle, Nürnberg,
Christine Rauscher, Ampfing,
Beatrix Scherzberger, München,
Frigga Schiel, München,
Hannelore Seeger, Moosinning,
Gabriele Walter, Zell,
Joachim Blauth, München,
Traugott Jäschke, Erlangen,
Josef Kerber, Augsburg,
Dr. Wolfgang Rinkewitz, München,
Peter Roith, Hettenshausen,
Gunnar Schosser, Landshut, und
Gerd Weickert, Burgkunstadt.

Interessante Veranstaltungen ab Juli 2014

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an Susanne Glas in der GEW-Landesgeschäftsstelle: susanne.glas@gew-bayern.de

11.-12.07.2014	GEW – ansprechbar vor Ort.* Mit Andreas Wagner, freigestellter Betriebsratsvorsitzender, Mediator und systemischer Coach, GEW Bayern. Anmeldeschluss war bereits. Bei Interesse nachfragen.	Zwei-Tages-Seminar	Augsburg Hotel am alten Park Fr. 16.00 - Sa. 16.00 Uhr
18.-19.07.2014	go – stop – act!* Theater als kreative Form des gewerkschaftlichen Auftritts in Straßen und auf Plätzen. Mit Marc Amann, Aktionstrainer. Anmeldeschluss war bereits. Bei Interesse nach freien Plätzen fragen.	Zwei-Tages-Seminar	Marktbreit AWO-Akademie Fr. 16.00 - Sa. 16.00 Uhr
25.07.2014	Alles wie bei uns ... Texte aus Feldpostbriefen aus dem 1. Weltkrieg und Lieder vom Krieg.* Zum 100. Jahrestag der Kriegserklärung 1914 – ein Grund zum Innehalten und Gedenken. Anmeldeschluss: 10.7.2014	Liederabend	München DGB-Haus 20.00 Uhr
26.-27.07.2014	Stressbewältigung für Lehrer*innen und Erzieher*innen.** Mit Dr. Erwin Wendler, Praxis für Entspannung und ganzheitliche Psychotherapie (HPG). Anmeldeschluss war bereits. Bei Interesse nach freien Plätzen fragen.	Zwei-Tages-Seminar	Stein Frauenwerk Stein e. V. Sa. 10.00 - So. 15.00 Uhr
01.-02.08.2014	30 Stunden sind genug! Der lange Kampf um Arbeitszeitverkürzung.* Mit Dr. H.-J. Bontrup, Prof. für Wirtschaftswissenschaft, Westf. Hochschule. Anmeldeschluss war bereits. Bei Interesse nach freien Plätzen fragen.	GEW-Sommerseminar	Marktbreit AWO-Akademie Fr. 10.00 - Sa. 15.00 Uhr
19.-20.09.2014	Neue Erziehungsaspekte nach Winterhoff. Referentin: Dr. Sigrid Sittler, GEW Bayern. TN-Beitrag: 40 Euro, GEW-Mitglieder: 20 Euro. Anmeldeschluss: 23.7.2014	Zwei-Tages-Seminar	Neumarkt Hotel Schönblick Fr. 16.00 - Sa. 16.00 Uhr
27.-28.09.2014	Stressbewältigung für Lehrer*innen und Erzieher*innen.** Mit Dr. Erwin Wendler, Praxis für Entspannung und ganzheitliche Psychotherapie (HPG). Anmeldeschluss: 23.7.2014. TN-Beitrag: 70 Euro. Rückerstattungsfähig durch die Krankenkassen.	Zwei-Tages-Seminar	Pelham Hotel Seeblick Sa. 10.00 - So. 15.00 Uhr
10.-11.10.2014	Neu im Ruhestand. Mit Barbara Haas (GEW-Baden-Württemberg) und Maria Koppold (GEW Bayern). TN-Beitrag: 30 Euro, GEW-Mitglieder: 10 Euro. Anmeldeschluss: 23.7.2014	Zwei-Tages-Seminar	Abensberg BBW St. Franziskus Fr. 16.00 - Sa. 16.00 Uhr
10.-11.10.2014	Wir sind nicht nur das Volk – wir sind auch Klasse! Gewerkschaftsbewegung und Klassenanalyse. Mit Niels Böhlke zu »Die Arbeiterklasse heute« und Carolin Hasenpusch zu »Das Potenzial der weiblichen Arbeiterklasse«, Redakteur*innen des Magazins marx21. Anmeldeschluss: 23.7.2014	Zwei-Tages-Seminar	Neumarkt Hotel Schönblick Fr. 18.00 - Sa. 16.00 Uhr

* Anmeldung nötig, falls nicht anders angegeben: GEW-Geschäftsstelle, Susanne Glas, susanne.glas@gew-bayern.de, Tel.: 0 89-54 40 81 16, Fax: 0 89-5 38 94 87
** Teilnahmegebühr

Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Karin Just • GEW Bayern • Schwanthalerstr. 64 • 80336 München • ☎ 0 89/54 40 81-0 • Fax: 0 89/5 38 94 87 • Karin.Just@gew-bayern.de

Ansbach Pädagogischer Stammtisch in regelmäßigen Abständen, Termine dazu und weitere Informationen: www.gew-ansbach.de
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 0 98 02/95 31 42

Aschaffenburg/Miltenberg Termine und Themen der Treffen siehe Aktionskalender auf www.gew-aschaffenburg.de
Kontakt: Christiane Hirsch-Holzheimer, ☎ 0 60 24/77 23

Augsburg jeden 1. Schulmittwoch im Monat offene Vorstandssitzung ab 19.30 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2
Kontakt: Martin Proißl, ☎ 08 21/3 49 85 53, info@gew-augsburg.de

Bad Neustadt Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bad Tölz/Wolfratshausen Offener Treff jeden 1. Donnerstag im Monat 20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

Bamberg Termine/Themen der Treffen siehe: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Ernst Wilhelm, ☎ 09 51/6 78 88

Bayreuth am 1. Mittwoch oder 1. Donnerstag (alternierend) im Monat 19.30 Uhr Stammtisch mit Vorstands-Treff, Gaststätte Lochner, Badstraße, BT
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90, Roland Dörfler, ☎ 09 21/9 26 55

Coburg jeden 2. Mittwoch im Monat, 20.00 Uhr, Da Mario, Sally-Ehrlich-Str.7, Coburg
Kontakt: Jürgen Behling, ☎ 0 95 66/80 80 60, behling.j@gmx.de

Donau-Ries/Dillingen mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Josef Hörmann, ☎ 09 06/9 10 84, johoermann@t-online.de

Erding Stammtisch jeden dritten Donnerstag des Monats (außer Ferien) 19.30 Uhr beim Wirt in Riedersheim
Kontakt: Paul Horn, ☎ 0 81 22/9 11 80, horn@mediowin.de

Erlangen jeden Dienstag Sprechstunden von 17.00 -18.00 Uhr, Arbeitslosenberatung: jeden 1. + 3. Mittwoch im Monat, 18.00 - 19.00 Uhr, Friedrichstr. 7
Kontakt: ☎ 091 31/8 11 94 51, info@gew-erlangen.de, www.gew-erlangen.de

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr Vogelgässler, Vogelstr. 16
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

Fürth Sprechzeiten im GEW Bezirksbüro, Luisenstr. 2 90762 Fürth am Dienstag von 14.15 Uhr bis 16.15 Uhr

Fürth »Gewerkschaftlicher Durchblick« jeden 1. Dienstag im Monat 19.00 Uhr, »Zu den sieben Schwaben«, Otto-Seling-Promenade 20
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

Hof monatliche Treffen: Mittwoch 20.00 Uhr, Hof Konkrete Termine bitte anfragen.
Kontakt: Karl-Heinz Edelmann, edekarl@yahoo.de

Ingolstadt/Eichstätt/Neuburg offene Vorstandssitzung am 3. Donnerstag im Monat (außer Ferien) ab 17.30 Uhr im Gewerkschaftshaus Ingolstadt
Kontakt: L. P. Thierschmann, ☎ 08 41/98 06 39 u. thierschmann.gew@email.de

Ingolstadt Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe
Treffen monatlich Mittwoch, Gasthaus »Zur Margarete« Ingolstadt
Kontakt: W. Nördlinger, ☎ 08 41/14 66 70 14, w.noerdlinger@kabelmail.de

Kempten Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

Main-Spessart Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos, ☎ 0 93 52/57 68 oder Wolfgang Tröster, ☎ 0 93 53/81 81

Memmingen/Unterallgäu Termine auf Anfrage
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 0 83 31/6 40 00 09 gew-unterallgaeu@gmx.de

München Fachgruppe Berufliche Schulen
Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Gymnasien
Termine auf Anfrage
Kontakt: Andreas Hofmann, andreas.hofmann@gew-bayern.de

München Fachgruppe Realschulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Heidi und Alexander Lungmus, fam.lungmus@t-online.de

München Fachgruppe Hochschule und Forschung
Termin: Jeden 1. und 3. Montag im Monat, 19.00 - 21.00 Uhr
Kontakt: michael.bayer@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Wolfram Witte, ☎ 0 89/13 46 54

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe
jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München Lehramtskampagne an der Universität und GEW-Studierende
Kontakt: la-m@gew-bayern.de

München AK Personalräte und Vertrauensleute
monatlich Treffen: Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus, Termine auf Anfrage
Kontakt: Hacki Münder, ☎ 0 89/4 48 39 16 und Franz Stapfner, ☎ 0 89/5 80 53 29

München Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM)
Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: daniela.kern@ajum.de, ☎ 01 70/5 43 04 55

München AK »friedliche Schule und Hochschule«
1. Schulmontag, 17.00 Uhr, DGB-Haus, Kontakt: StephanLip@web.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Sigi Schindler, ☎ 0 91 85/10 91

Neu-Ulm/Günzburg Treffen: monatlich, Termin auf Anfrage
Gasthaus Lepple, Vöringen, oder Pizzeria Helfenstein, Ulm
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen
Termine auf Anfrage
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

Nürnberg Fachgruppe Grund- und Hauptschulen
Termine und Infos unter www.gew-nuernberg.de
Kontakt: Werner Reichel, ☎ 09 11/30 14 91

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken
Termine und Infos unter: www.gew-fachgruppe.de.vu
Kontakt: Stephan Stadlbauer, ☎ 09 11/7 36 03 10

Nürnberger Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, ab 19–30 Uhr, Stefanos, Bruderwöhrdstr. 15
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Regensburg gemeinsame Studierendengruppe GEW/ver.di
14tägig dienstags, genaue Termine unter: <http://shk.wie-studieren.de> oder <http://jugend-oberpfalz.verdi.de/studierende/studentengruppe>
Kontakt: Jan Bundesmann, jan.bundesmann@gmx.de

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, im »Z - linkes Zentrum«, Innstr. 45, Rosenheim
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57 www.gew-rosenheim.de

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr
Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Weiden jeden 1. Schulmontag im Monat, 19.30 Uhr, Postkeller, Leuchtenbergerstr. 66, Weiden, plobenhofer@yahoo.com
Kontakt: Philip Lobenhofer, ☎ 09 61/3 81 67 62

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr Casino
Kontakt: Harald Morawietz, post@gew-wug.de, www.gew-wug.de

Würzburg jeden 2. Mittwoch (ab 1. Schuldienstag nach Ferien), 19.00 Uhr, Sportpark Herieden, Heriedenweg 5, 97084 Würzburg
Kontakt: Sigrid Schwab, ☎ 0 93 64/5 07 90 75